

Schriftenreihe des Landtages Brandenburg Heft 4/2020

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke und Aussprache

26. August 2020



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G



Inhalt

05

Ministerpräsident
Dr. Dietmar Woidke

15

Steffen Kubitzki
(stellv. Vorsitzender
der AfD-Fraktion)

23

Erik Stohn
(Vorsitzender der
SPD-Fraktion)

29

Sebastian Walter
(Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE)

37

Dr. Jan Redmann
(Vorsitzender der
CDU-Fraktion)

43

Péter Vida
(Vorsitzender der
Fraktion BVB / FREIE
WÄHLER)

47

Benjamin Raschke
(Vorsitzender der
Fraktion GRÜNE/B90)

55

Dieter Freihoff
(Rat für Angelegen-
heiten der Sorben/
Wenden)

Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke



Dr. Dietmar Woidke

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Verehrte Gäste!

„Wir können stolz und selbstbewusst auf 30 Jahre Land Brandenburg zurückblicken. Wir blicken mit Mut, Zuversicht und Vertrauen auf Brandenburg als Gewinnerregion im 21. Jahrhundert.“

Wenn Ihnen diese Worte bekannt vorkommen, dann täuschen Sie sich nicht; es ist ein Zitat aus meiner letzten Regierungserklärung. Und ich freue mich, dass ich heute hier daran anknüpfen kann.

Ich bin sehr sicher, dass eines Tages im Geschichtsbuch stehen wird: Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben angepackt. Sie haben angepackt, um zu verändern, sie haben erkannt, dass eben auch gerade in der Veränderung eine große Chance liegt.

Wir wollen und wir werden durch die Kraft unserer Argumente und auch durch unsere ausgeprägte Bereitschaft zum Dialog überzeugen. Zu diesem Dialog soll auch die heutige Regierungserklärung einen Beitrag leisten.

Gerade jetzt, gerade heute und in den kommenden Jahren steht Branden-

burg vor großen Chancen, vor großen Chancen, seine Zukunft erfolgreich zu gestalten. Und ich will, dass wir in bester Brandenburger Tradition gemeinsam Anlauf nehmen, um diese Herausforderung zu bewältigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist vollkommen bewusst, dass derzeit fast alles unter Corona-Vorbehalt steht. Aber die letzten Daten zeigen klar, dass unser Land für einen Neustart nach der Pandemie gut gerüstet ist.

Ja, auch bei uns ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, aber – auch das ist eine Tatsache – deutlich weniger als in anderen Bundesländern, ganz zu schweigen vom Anstieg in anderen europäischen Ländern. Das hat auch mit einer klugen und entschlossenen Anti-Krisen-Politik zu tun, einer Anti-Krisen-Politik, die Schlimmeres verhütet hat und für die ich den Mitgliedern der Bundesregierung und meiner Landesregierung ebenso danke wie diesem Hohen Haus, diesem Landtag, der mit seinen schnell gefassten Be-

schlüssen vor allem finanzpolitisch den Weg für diese gute Krisenpolitik frei gemacht hat. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank!

Der „Brandenburg-Monitor“ zeigt: Die große Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger ist überzeugt, dass sich Brandenburg in die richtige Richtung entwickelt. Und diese optimistische Grundeinschätzung ist sehr wohl in objektiven Entwicklungen begründet – seien es nun die wirtschaftliche Entwicklung, der Arbeitsmarkt oder auch die Ausbildungsplatzsituation. Diese Stimmung der Menschen findet also festen Halt in der Realität.

Brandenburg hat Zukunft, und die Menschen in unserem Land – das freut mich sehr – sehen das genauso. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein guter Befund, über den wir uns alle sehr freuen können.

Die Menschen wissen, dass wir die Chance haben, noch weiter nach vorn zu kommen, weil wir hier all das haben, was es für eine zukünftige erfolgreiche Entwicklung braucht:

Wir haben engagierte Menschen, die etwas in diesem Land bewegen wollen, die aber auch ordentlich verdienen müssen. Deshalb stehen wir in der Koalition auch weiter für mehr Tarifbindung und gute Löhne.

Wir haben Platz für Ansiedlungen und gleichzeitig wunderschöne Natur, die wir weiter schützen und erhalten müssen. Wir haben Kultur, die uns und unsere Gäste begeistert.

Wir haben starke Unternehmen, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und gezielt gerade hier bei uns in Zukunfts-

technologien investieren. Wir haben eine exzellente Wissenschaftslandschaft, die schon für sich genommen für die Zukunft unseres Landes steht. Wir haben eine gute Infrastruktur – digital und im Bereich der Schiene und der Straße –, die – das ist mir völlig klar – auch weiter ausgebaut werden muss.

Vor allem, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir das, was derzeit alle wollen: Wir verfügen über die Energie, wir verfügen über den Rohstoff der Zukunft: die Erneuerbaren – Sonne und Wind. Die CO₂-freie Energieversorgung ist heute schon ein entscheidender Faktor für Unternehmensansiedlung hier bei uns im Land. Hier ist Brandenburg heute Modellregion für ganz Deutschland. Und ohne diesen ausgezeichneten Ruf hätte sich auch Tesla nicht für die Metropolregion Berlin-Brandenburg entschieden. Ich benenne den Standort jetzt ganz bewusst in einem etwas größeren Rahmen, auch wenn ich der Vollständigkeit halber darauf hinweise, dass die Giga-Factory örtlich in 15537 Grünheide (Mark) im Land Brandenburg errichtet wird.

Das zeigt, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch Folgendes: Mit der Energie der Zukunft gewinnt man eben nicht nur Umweltpreise und Leitsterne – auch das ist durchaus schön –, sondern hat auch die Nase ganz vorn in der weltweiten Konkurrenz um neue Wirtschaftsansiedlungen. Und das wiederum schafft qualifizierte Arbeitsplätze, gutes Einkommen und eine sichere wirtschaftliche Perspektive. Das ist nun spätestens seit der Tesla-Ansiedlung keine steile Theorie mehr, sondern vielmehr eine Tat-

sache. Wer wagt, gewinnt – und es ist schön, wenn man so bestätigt wird. Tesla jedenfalls ist die größte private Investition, die es seit der Wende, in den letzten 30 Jahren, in Ostdeutschland gegeben hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Brandenburg ist Energieland: Mitte des 19. Jahrhunderts wurde mit dem Abbau der Braunkohle im Lausitzer Revier begonnen. Die Förderung der Kohle hat die Region seitdem grundlegend verändert. Sie hat Wirtschaft und Wohlstand gebracht, und sie hat auch die Landschaft in der Lausitz verändert. Mit der Energie aus dem Lausitzer Revier wurde zeitweilig ein Viertel des Elektroenergiebedarfs der gesamten DDR gedeckt. Noch heute kommen 10 % des in Deutschland benötigten Stroms aus der Lausitz. Generationen von Menschen haben in den Lausitzer Tagebauen und Kraftwerken gearbeitet, oft – und das bis heute – unter ganz schwierigen, harten Bedingungen. Für diese zuverlässige Arbeit, die Generationen und eine ganze Region geprägt hat, bedanke ich mich im Namen aller Brandenburgerinnen und Brandenburger mit tiefem Respekt!

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zeit bleibt eben nicht stehen. Die Zeit der Braunkohle geht unweigerlich zu Ende. Das ist die Wahrheit, und wir sind gut beraten, dieser Realität ins Auge zu sehen. Auch ohne den beschlossenen Kohleausstieg würden die förderbaren Vorräte in der Lausitz nur noch wenige Jahrzehnte reichen, und die Region stünde dann vor den gleichen, wenn nicht vor noch größeren Herausforderungen als heute – jeder weiß das, und

ich sage das auch ganz bewusst als Lausitzer.

Jetzt geht es darum, der Lausitz eine gute Zukunft für die Zeit nach der Kohle zu verschaffen. Um diese Notwendigkeit kann man nicht herumreden. Die Landesregierung jedenfalls ist gewillt, sich dieser Aufgabe weiterhin entschlossen zu stellen.

Mit den Beschlüssen von Bundestag und Bundesrat vom 3. Juli zum Kohleausstiegs- und Strukturstärkungsgesetz herrscht nun endlich Klarheit. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es waren historische Beschlüsse. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens, zu dem wir als Landesregierung uns bekennen.

Sie leisten aber auch einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Sicherheit für alle im Bergbau- und Energiebereich Beschäftigten, und – das war mir besonders wichtig – sie schaffen klare Perspektiven für die Region.

Ich danke allen, die sich in langen Nachtsitzungen und zahlreichen Debatten und Diskussionen an diesem echten Gemeinschaftswerk beteiligt haben, bei dem für uns immer ein Ziel ganz oben stand: Einen Strukturbruch wie in den Jahren 1989/90 darf und wird es nicht noch einmal geben. – Und ich kann hier heute auch mit einem gewissen Stolz sagen: Ja, das haben wir geschafft. – Denn die jetzt beschlossenen Gesetze bringen der Lausitz Klarheit, sie bringen Sicherheit, und sie bringen Zukunft. Die Lausitz wird eben auch in Zukunft Energie-, aber auch Industrieregion sein.

Zwei Punkte sind dabei von ganz besonderer Bedeutung. Zum einen die Planungssicherheit für alle Beteiligten: Klar geregelt ist der Stilllegungspfad für die Kraftwerke Jänschwalde und Schwarze Pumpe. Und weil es damit endlich Planungssicherheit gibt, ist es fatal, wenn dieser mühsam gemeinsam vereinbarte Weg von einigen immer wieder aufs Neue infrage gestellt wird. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, schafft Unsicherheit; es schadet schlussendlich auch der Erreichung der Klimaschutzziele, und es schadet der Energiewende in Deutschland insgesamt. Klar ist jetzt auch, dass der Braunkohleausstieg sozial verträglich erfolgt. Dazu wird unter anderem ein Anpassungsgeld für Beschäftigte ab 58 Jahren eingeführt. Hier gilt mein besonderer Dank der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, die dieses Ergebnis maßgeblich verhandelt und auch erreicht hat.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist, dass der Bund den Strukturwandel in den vier betroffenen Ländern mit insgesamt 40 Milliarden Euro unterstützen wird. 26 Milliarden Euro davon werden im Rahmen von Bundesprogrammen und -initiativen investiert, 14 Milliarden Euro gehen als Bundesfinanzhilfen an die Länder. Brandenburg erhält insgesamt ca. 10,3 Milliarden Euro. Das ist eine ganz erhebliche Summe, die dem Land damit zufließt. Von besonderer Bedeutung aber ist, dass der Bund damit erstmals seit Jahrzehnten wieder eine direkte Verantwortung für die Strukturentwicklung in Regionen übernimmt. Dafür möchte ich allen Beteiligten an dieser Stelle danken.

Wir haben in schwierigen Verhandlungen viel für unser Land und für die Lausitz erreicht. Es wird eben keinen Strukturbruch wie in den 90er-Jahren geben, und die betroffenen Länder und Regionen werden nicht allein dastehen und mit den Herausforderungen umgehen müssen. Das sind gute Voraussetzungen, um sich den Herausforderungen der Zukunft in der Lausitz zu stellen. Bessere Rahmenbedingungen für die Entwicklung dieser Region hat es noch nie gegeben – jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt es an uns!

Planungssicherheit und finanzielle Förderung sind die Grundlagen dafür, die Lausitz zu einer erfolgreichen europäischen Modellregion für klimaneutrale Wirtschaftsentwicklung zu machen – und die Chancen dafür stehen sehr gut. Lassen Sie mich einige Kernprojekte nennen.

Erstens: der Ausbau des Werks der Deutschen Bahn für die Fahrzeuginstandhaltung in Cottbus, der 1 200 zusätzliche Industriearbeitsplätze in Cottbus schaffen wird. Diese herausragende Investition gibt dem Mobilitätsstandort Lausitz in Cottbus einen ganz neuen Schub. Wenn Sie ein bisschen zurückdenken, werden Sie sich daran erinnern, dass aufseiten der Bahn noch vor zwei Jahren über die Schließung dieses Bahnwerks diskutiert worden ist. Das haben wir gemeinsam nicht nur verhindert, sondern wir haben erreicht, dass jetzt richtig ausgebaut werden kann und dass gut bezahlte, zukunftsträchtige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Damit setzen wir unser Versprechen um, parallel zum Kohleausstieg neue Industriearbeitsplätze zu schaffen, und

zwar bevor die ersten Arbeitsplätze durch das Kohleausstiegsgesetz verloren gehen. Bei den Investitionen geht es nicht nur um die moderne Instandhaltung von elektrisch betriebenen Schienenfahrzeugen wie dem ICE 4. Es geht auch um die Umrüstung von Dieselloks auf Hybridantriebe. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zu einer modernen und umweltfreundlichen Mobilität. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles passiert nicht irgendwann, sondern schon in den nächsten Jahren; im September dieses Jahres gibt es dazu den Startschuss. Im Zuge des Ausstiegs aus der Kohle und der Energiewende darf es eben nicht darum gehen, aus der Industrie auszusteigen. Kohleausstieg ist kein Industrieausstieg. Dieses Land benötigt auch in Zukunft eine robuste und breit aufgestellte industrielle Basis und Wertschöpfung; es muss aber zukunftsfähige Industrie sein, die nachhaltige Arbeitsplätze schafft.

Von Dienstleistungen allein kann niemand leben. Deshalb bedarf es einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik, bei der der Staat durchaus eine aktive Rolle spielen kann. Wie das im günstigsten Fall aussieht, kann sich jeder aktuell am schon erwähnten Beispiel Tesla ansehen, für das Brandenburg national und international viel gelobt und – ich füge hinzu – mitunter auch ein bisschen beneidet wird. Solche Nachrichten lesen wir alle, glaube ich, sehr gern.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist der Aufbau eines Innovationszentrums Universitätsmedizin Cottbus. Dieses Innovationszentrum wird der Kern der Modellregion „Gesundheit Lausitz“. Forschung,

Lehre und Gesundheitsversorgung – unter anderem mit den Möglichkeiten der Digitalisierung – werden hier eng verknüpft. Medizin und Gesundheitswirtschaft gehören ohnehin zu den wichtigsten Bereichen der zukünftigen Entwicklung. Ich denke, das leuchtet gerade in der jetzigen Zeit, in der Corona-Pandemie, jedem ein. Ich bin mir sicher, ein solches Innovationszentrum mit medizinischer Ausbildung wird erheblich und positiv auf die gesamte Lausitz und ihre Entwicklung ausstrahlen.

Ein dritter Punkt ist der Ausbau der Forschungs- und Wissenschaftslandschaft an den Standorten der BTU Cottbus-Senftenberg. Die Ansiedlung von hochkarätigen Institutionen setzt neue Maßstäbe bei der Verbindung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Beispiele hierfür sind das DLR-Institut für CO₂-arme Industrieprozesse, das Fraunhofer-Institut für Energieinfrastrukturen und Geothermie oder auch das Lausitzer Zentrum für Künstliche Intelligenz.

Ein vierter Punkt: der Ausbau der Straßen – hier insbesondere der A13 oder wichtige Ortsumgehungen im Rahmen der B169 – und natürlich auch der Ausbau der Schienenverbindungen. Umweltfreundliche Mobilität braucht mehr Schiene, und zu den prioritären Maßnahmen in diesem Bereich gehören die Strecken Berlin-Cottbus-Görlitz, Cottbus-Leipzig und Cottbus-Dresden. Menschen und Güter schnell und umweltfreundlich von A nach B zu bringen und die großen Entwicklungsachsen zu nutzen ist hier unser gemeinsames Ziel. Die Wege aus und in die Bundeshauptstadt verkürzen sich. Die verkehrlichen Infrastrukturmaßnahmen

men sind strukturpolitisch notwendig und unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung der Lausitz.

Der auf der Strecke Cottbus-Dresden enthaltene Knoten Ruhland führt geradewegs zum fünften Schwerpunkt: dem Ausbau weiterer Logistikknoten und Terminals für den kombinierten Verkehr am Standort der BASF in Schwarzheide/Lauchhammer und am Industriestandort Schwarze Pumpe. Hier nutzen wir die unmittelbare Anbindung an die bereits fertiggestellte Schlesische Magistrale nach Leipzig sowie Breslau und weit darüber hinaus.

In Schwarzheide geht es um den Aufbau der Produktion von Kathodenmaterial bei der BASF. Damit wird aus unserem Land ein wichtiges Element der Wertschöpfungskette für eine eigene Batterieproduktion kommen. Auch hier – und auch das freut mich natürlich sehr – entstehen neue gut bezahlte, zukunftsfähige Industriearbeitsplätze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all diese Investitionen schaffen hochwertige Arbeitsplätze und sorgen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in der Region. Sie machen die Lausitz attraktiv für Fachkräfte, die schon da sind, und interessanter für die, die wir noch gewinnen wollen.

Auch in Bildung und Fortbildung werden wir im Zuge der Strukturentwicklung investieren. Das geplante Leistungszentrum Westlausitz ist eine hervorragende Ergänzung des Oberstufenzentrums. Durch eine gute Kooperation der beiden Akteure bekommen junge Menschen sehr gute berufliche Perspektiven, und das hat Strahlkraft weit über die Region hinaus.

Eine verlässliche Säule der Lausitz – jetzt und für die Zukunft – ist und bleibt auch die LEAG – dafür bin ich sehr dankbar. Die LEAG entwickelt parallel zur Stromproduktion aus Braunkohle neue Geschäftsfelder. Dazu gehören zum Beispiel die Speicherung und Regelung von Energie mit dem „Big Battery“-Projekt und die Dienstleistungen im Maschinenbau aus der Zentralwerkstatt in Schwarze Pumpe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, es ist wahr: Die Menschen in der Lausitz und das gesamte Land Brandenburg stehen vor großen Veränderungen und vor großen Herausforderungen. Es stimmt mich aber sehr optimistisch, dass ich in vielen Gesprächen auch eine Aufbruchsstimmung verspüre. Gerade die mittelständischen Betriebe in der Region, aber auch in anderen Teilen Brandenburgs sind hier zu nennen. Es stimmt mich sehr optimistisch, dass die Wirtschaft eng an unserer Seite steht und aktiv am Strukturwandel mitarbeitet. Mit den Beschlüssen zum Strukturstärkungsgesetz gibt es nun auch für diese Betriebe Klarheit und Planungssicherheit.

Gestern hat die Landesregierung dem Entwurf der Bund-Länder-Vereinbarung zugestimmt. Die Vereinbarung wird morgen vom Bund und den betroffenen Bundesländern unterzeichnet. Wir haben zugleich den Entwurf des Lausitzprogramms 2038 auf den Weg gebracht. Dieses Programm definiert unsere strategischen Ziele und die Entscheidungs- und Begleitstrukturen für den Strukturentwicklungsprozess. Der Begleitausschuss setzt sich aus Vertretern der Wirtschaft, der Verbände, der Gewerkschaften

ten, der Wissenschaft, der Kirchen und auch – das ist besonders wichtig – der Zivilgesellschaft zusammen. Der Landtag wird zum Thema einen Sonderausschuss einrichten und unsere Arbeit begleiten – und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, finde ich sehr gut, weil wir auch weiterhin die Unterstützung des Landtags für diesen Prozess brauchen.

Mir ist eines ganz besonders wichtig: Der Prozess des Strukturwandels in der Lausitz wird nicht vom grünen Tisch in Potsdam aus vorgegeben. Er wird in einem transparenten und partnerschaftlichen Prozess organisiert, unter Einbeziehung aller, die dazu beitragen können. Das entspricht nicht nur den Notwendigkeiten eines komplexen Veränderungsprozesses; es entspricht auch voll und ganz dem Politikverständnis dieser Koalition, die ganz bewusst auf Einbeziehung und Teilhabe setzt.

Wir haben mit den kommunalen Partnern vor Ort vereinbart, dass die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH, kurz „WRL“ genannt, als ein bereits gut etabliertes Gremium eine wichtige Koordinierungsfunktion im Strukturwandel übernehmen soll. Wir setzen damit auf die Vor-Ort-Kompetenz und Verantwortung der kommunalen Familie, die ohnehin beim Großteil der geplanten Maßnahmen Projektträger sein wird. Auch wenn wir an der einen oder anderen Stelle unterschiedliche Wege gehen: Die partnerschaftliche und enge Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Sachsen bleibt für die Entwicklung der Lausitz das A und O und gleichzeitig die Basis für den Erfolg der Strukturentwicklung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Energiewende schreitet voran. Dazu haben sich SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Koalitionsvertrag klar bekannt.

Es geht nicht um das Ob, wie manche meinen, sondern es geht um das Wie. Gerade wir in Brandenburg zeigen, wie es geht. Wir haben viel erreicht. Mit über 7 300 MW installierter Leistung bei der Windenergie ist Brandenburg eines der stärksten Windenergieländer in Deutschland. Bezogen auf die Einwohner liegt Brandenburg seit einigen Jahren deutlich vorn. Brandenburg muss sich in diesem Bereich also in keiner Weise verstecken. Mit der Fortschreibung der Energiestrategie und der Erarbeitung eines Klimaplanes werden wir diesen Weg entschlossen weitergehen und dort nachjustieren, wo es notwendig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt in diesem Bereich noch viel zu tun. Es müssen die unterschiedlichen Sektoren verbunden werden: Strom, Wärme, Bioenergie, Wasserstoff und Mobilität. Wir werden dafür sorgen, dass in Brandenburg produzierte erneuerbare Energie auch hier in Brandenburg nutzbringend für die Menschen in unserem Land verbraucht werden kann. Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger müssen künftig stärker darauf setzen, dass sowohl dezentral produziert als auch dezentral verbraucht werden kann. Das ist der Vorteil, den die Regionen haben, und das ist der Nutzen, den die Menschen aus dem Ausbau der Windenergie ziehen können. Sie können meinen Worten entnehmen, dass aus meiner Sicht noch deutlicher Nachbesserungs-

bedarf im bundespolitischen Rahmen besteht.

Es wird zunehmend wichtiger werden, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Ich möchte auf meine Worte von vor einigen Minuten zurückkommen. Erneuerbare Energien sind heute schon ein wichtiger Standortfaktor, wenn nicht sogar der wichtigste Standortfaktor für unser Land. Aus vielen Gesprächen mit der Wirtschaft, von BASF über Rolls-Royce, MTU Maintenance, RIVA Stahl, ArcelorMittal bis zum PCK und Tesla, weiß ich, dass dies auch von der Wirtschaft und von der Industrie zunehmend nachhaltiger eingefordert wird. Viele wollen davon nichts hören – es ist aber tatsächlich so. In der Wirtschaft hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Zukunft nicht nur in umweltfreundlichen Produkten, sondern auch in einer umweltfreundlichen, klimaschonenden Produktion liegt. Genau hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt Brandenburgs Chance, weit vorn mit dabei zu sein, und so unseren Beitrag zu leisten, die Pariser Klimaziele zu erreichen, und gleichzeitig den Wohlstand unseres Landes für die kommenden Jahre und Jahrzehnte zu sichern.

Das ist keine Zukunftsmusik. Brandenburg ist vorn dabei und nutzt seine Chancen: In Grünheide baut Tesla seine Gigafabrik für Elektrofahrzeuge; Tausende neue Arbeitsplätze entstehen. Tesla legt großen Wert darauf, dass die Vorprodukte, die zukünftig in den Autos verbaut werden, möglichst klimaneutral hergestellt werden. Dazu ist Tesla bereits mit einer Reihe von Brandenburger Unternehmen im Gespräch.

Microvast will in Ludwigsfelde Stromspeicher für Transporter und Lkw sowie für Sport- und Geländewagen herstellen.

In Schwarzheide investiert die BASF, wie schon erwähnt, in die Herstellung von Kathodenmaterialien. Auch das ist auf die Zukunft gerichtet. Das wird die Mobilitätswende unterstützen und neue Arbeitsplätze schaffen.

An der BTU Cottbus-Senftenberg wird in Kooperation mit Rolls-Royce ein Zentrum für hybridelektrisches Fliegen aufgebaut. Auch Wasserstoff – gewonnen aus erneuerbarer Energie – spielt dabei eine zentrale Rolle.

Es geht um die zentralen Themen Energiespeicherung und CO₂-Neutralität. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Gewinnerthemen dieses Jahrzehnts. Brandenburg sitzt nicht nur mit am Tisch, sondern Brandenburg ist vorne mit dabei. Darauf können wir alle sehr stolz sein.

Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass die Energie der Zukunft bezahlbare Energie bleibt und dass soziale Schief lagen in der Energiewende beseitigt werden. Sie sind es, die häufig zu erheblichen Vorbehalten und zu Kritik beitragen. Wer es gut meint mit der Energiewende, mit Klimaschutz und der sozialen Gerechtigkeit im Land, der ist gut beraten, sich genau um dieses Problem zu kümmern. Auch das werden wir weiterhin im Auge haben, denn diese Landesregierung denkt Umwelt, Klimaschutz und Soziales zusammen und spielt die Faktoren nicht gegeneinander aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, derzeit steht die Lausitz beson-

ders im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit; das ist auch verständlich. Die Herausforderung dort ist eine ganz besondere. Der jetzt vorgesehene Ausstieg aus der Kohle geht auf politische Entscheidungen zurück. Daraus erwächst für uns alle eine besondere politische Verantwortung. Dies ist der Landesregierung sehr wohl bewusst, und die Landesregierung stellt sich entschlossen dieser Verantwortung.

Ebenso selbstverständlich aber ist, dass die Landesregierung über die Lausitz keinesfalls die anderen Regionen unseres Landes aus den Augen verlieren wird. Darauf können sich auch die Prignitz, die Uckermark, das Havelland und das Oderbruch – um nur einige zu nennen – fest verlassen.

Überall kommt es in gleicher Art und Weise darauf an, die vor Corona sehr positive Entwicklung unseres Landes jetzt nicht abreißen zu lassen und die wirtschaftlichen Grundlagen für die Zukunft zu sichern bzw. zu schaffen.

Wir haben stets das gesamte Land im Blick. Überall in unserem Land geht es darum, wirtschaftliche Entwicklung, gute Arbeit und wirksamen Klimaschutz sinnvoll und gewinnbringend für alle miteinander zu verbinden. Dieses Land hat sich in der Vergangenheit gemeinsam gut entwickelt. Diese Gemeinsamkeit ist auch die beste Basis für unsere Zukunft.

Wenn wir nun klug und mutig handeln, wird diese Attraktivität des Landes Brandenburg in allen seinen Regionen in den kommenden Jahren weiter stetig zunehmen.

Ich habe natürlich auch Verständnis für die Sorgen und Bedenken, mit denen diesem Wandel begegnet wird. Es ist

unsere Aufgabe als Politik, diese Sorgen ernst zu nehmen und immer wieder um Akzeptanz und Verständnis zu werben. Ich kenne die Menschen in der Lausitz gut. Es sind sehr anständige und sehr fleißige Menschen. Ja, viele von ihnen haben seit 1990 viele schwere Tage durchgemacht.

Die Voraussetzungen für die erfolgreiche Bewältigung dieser Herausforderungen sind heute so gut wie noch nie. Die Beschlüsse von Bund und Ländern zur Strukturstärkung tragen wesentlich dazu bei. Zu diesen Beschlüssen können wir uns guten Gewissens bekennen.

Deshalb sage ich: Wir können stolz und selbstbewusst auf 30 Jahre Land Brandenburg zurückblicken. Wir blicken mit Mut, Zuversicht und Vertrauen auf Brandenburg als Gewinnerregion im 21. Jahrhundert. Lassen Sie uns gemeinsam diese großen Herausforderungen mutig angehen – für die Lausitz, für Brandenburg, für alle Menschen in unserem Land. – Glück auf!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön, Herr Ministerpräsident. – Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Abgeordnete Kubitzki für die Fraktion der AfD das Wort. Bitte schön.

Steffen Kubitzki

stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion



Steffen Kubitzki

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Brandenburger! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Woidke, erinnern Sie sich noch an den 01.10.2018? An diesem Tag befanden wir uns beide auf dem Stadthallenvorplatz in Cottbus. Sie, Herr Ministerpräsident, standen auf der Bühne, und ich stand dort als einer der 600 Kumpel mit schwarzem T-Shirt und weißem Helm und hörte Ihnen zu.

Erinnern Sie sich, was Sie damals gesagt haben? Ich erinnere mich genau. Sie, Herr Ministerpräsident, haben damals gesagt: „aktiver die Zukunft der Lausitz zu gestalten“. Auch sagten Sie, unser Motto müsse heißen: „Nicht schlechttreden, sondern gut machen“. – Herr Ministerpräsident, Ihre damaligen Worte haben mir wirklich sehr gefallen. Ich war gespannt auf die Taten, die diesen Worten folgen sollten.

Nun springen wir in das Jahr 2019, genauer gesagt zum 30. September. An diesem Tag wurde der zweite Block im Kraftwerk Jänschwalde abgeschaltet. Mit ihm wurden auch 600 Arbeitsplätze und eine Lehrlingsausbildung in Boxberg gestrichen. Diese 600 Arbeitsplätze sind

nicht einfach irgendeine Zahl in irgendeiner Statistik; es handelt sich um Menschen, um Mütter und Väter und Familien. Warum haben Sie sich nicht bereits bei der Abschaltung von Block F um adäquate Ersatzarbeitsplätze gekümmert?

Wenige Monate später, am 11. Dezember, sprachen Sie in Ihrer Regierungserklärung von Brandenburg als Gewinnerregion. Wenn ich Ihre Worte mit den Taten vergleiche, frage ich Sie: Kommt Ihnen Ihr Handeln nicht auch etwas zynisch vor? – Sie erwähnen die Lausitz richtigerweise als Herzkammer unserer Industrie. Was jetzt gerade mit Ihrem Segen passiert, ist der Herztod der Industrie unseres Landes.

Wann krepeln Sie, Herr Ministerpräsident, endlich die Ärmel hoch? Wir krepeln schon lange die Ärmel hoch und setzen uns wirklich für die Lausitz und für Brandenburg ein.

Ich möchte Sie, Herr Ministerpräsident, ganz klar fragen: Was sind die Folgen Ihres Handelns? – Ich zähle sie Ihnen einmal auf: 600 verlorene Arbeitsplätze

bei der LEAG, etliche bei den Servicefirmen, 165 verlorene Arbeitsplätze zum Beispiel bei Spreeback in Krieschow – und ein steter Wegzug von Facharbeitern.

Dazu kann ich Ihnen persönlich sagen, dass es mir am meisten wehtut, wenn junge Leute unsere Lausitz verlassen. Vor acht Wochen war ich im Kraftwerk Jänschwalde, wo ich eine Rede für jemanden gehalten habe, der die Firma verlässt. Warum verlässt er die Firma? Weil er keine Zukunft sieht, denn im Jahr 2025 werden die nächsten zwei Blöcke und im Jahr 2028 wird der Rest abgeschaltet. Also hat er sich gesagt: Ich bewerbe mich beim Zoll. Jetzt fing er mit seiner Freundin am 01.08.2020 beim Zollamt in Erfurt an und ist bei uns im Kraftwerk leider nicht mehr zugegen. Das ist schade, aber das sind nun einmal die Früchte Ihrer Politik.

Was wurde als Ausgleich geschaffen? Als Ausgleich für die verlorenen Arbeitsplätze in der Lausitz wurden zum Beispiel bis dato weniger als zehn Arbeitsplätze beim Bahnwerk in Cottbus geschaffen. Seit zwei Jahren sprechen Sie von vielen Arbeitsplätzen im Bahnwerk von Cottbus; in Ihrer Regierungserklärung sprechen Sie sogar von 1 200, was ja super ist. Tatsächlich sind es bis jetzt, wie gesagt, unter zehn Arbeitsplätze. Es ist wie immer nur eine Absichtserklärung und weiter nichts.

Zwar sollen 75 Arbeitsplätze in der Müllverbrennungsanlage Jänschwalde entstehen, sie sollen aber erst 2024 geschaffen werden. Das geht mir wirklich auf den Zünder.

Ich will einfach einen Faktencheck: Wie viele Arbeitsplätze sind nach der zweiten Abschaltung, von Block E, wirklich entstanden – natürlich abzüglich der Arbeitsplätze, die wir eingebüßt haben?

Ihre heutige Regierungserklärung beginnt mit einem Zitat aus der letzten Regierungserklärung; aber auch sonst enthält Ihre heutige Regierungserklärung überhaupt keine neuen Ergebnisse. In der Regierungserklärung ist wieder nur von der Zukunft, vom Wollen und Können die Rede. Sie benennen aber nicht eine konkrete aktuelle Maßnahme und betreiben wie gewohnt bloß Augenwischerei.

Nun zum Inhalt selbst. Sie sprechen von einer 30-jährigen Erfolgsgeschichte, auf die wir mit Stolz und Selbstbewusstsein zurückblicken können.

Herr Ministerpräsident Woidke, finden Sie das nicht selbst ein wenig zu dick aufgetragen? Mit Mut, Zuversicht und Vertrauen sollen wir auf Brandenburg als Gewinnerregion des 21. Jahrhunderts blicken. Nicht nur die Inhalte Ihrer Reden sind gleich geblieben, nein, man kann Ihre Zukunftsvisionen schon der letzten Regierungserklärung entnehmen, aber getan hat sich gar nichts. Sie reden nur um den heißen Brei herum. Nennen Sie doch einmal konkrete und positive Ergebnisse Ihres Handelns!

Ich bin ehemaliger Arbeiter aus der Lausitz und mich macht wirklich sauer, wie Sie die Menschen hinhalten. Reden Sie nicht nur mit der LEAG, sondern besuchen Sie die Servicefirmen wie SIK, KSI, KMI, FAM, MILO, Sulzer und wie sie alle heißen. Denen steht das Wasser bis zum Hals. Die würden sich freuen, wenn

Sie einmal vorbeischaun und sich kümmern würden.

Ulkipigerweise kommen die Politiker nur – muss ich aus eigener Erfahrung sagen –, wenn es einem supergut geht. Zu Steinmüller kam damals Herr Platzeck, ist durch die Hallen gefegt, hat ein paar dicke Sprüche gemacht und war wieder weg. Aber jetzt, wo es den Firmen im Kraftwerk richtig schlecht geht, ist von den Politikern leider keiner zu sehen. Das muss man einfach einmal so festhalten.

Sie sprechen davon, gemeinsam Anlauf zu nehmen. Wenn Sie damit auch uns, die AfD und unsere Wähler in der Lausitz, die uns teilweise mit über 30 % gewählt haben, meinen: Weder wir noch unsere Wähler fallen zum wiederholten Male auf Ihre Versprechen herein, sondern wir wollen jetzt auch einmal Ergebnisse sehen.

Sie planen den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – die A13 –, Ortsumgehungen und wollen Bahnstrecken ausbauen. Herr Ministerpräsident Woidke, das ist kein Strukturwandel, das hätte man schon in den letzten 30 Jahren angehen können. Wenn ich nur an das Drama des zweiten Gleises denke, bekomme ich einen noch dickeren Hals, als ich ihn schon habe.

Wissen Sie, Herr Ministerpräsident, was mir in Ihrer Regierungserklärung fehlt, ist, zum Beispiel einfach einmal zu sagen: Wir haben uns in den letzten Jahren sehr viel Mühe gegeben, müssen aber gestehen, dass vieles noch nicht geklappt hat – oder so ähnlich. Das wäre ehrlich und mutig!

(Zuruf)

– Das ist Ansichtssache.

Sie kennen sicherlich den Spruch: Wer arbeitet, kann Fehler machen. – Dazu muss man auch stehen. Das nenne ich Größe.

Dass sich die förderbaren Vorräte im Kohleabbau dem Ende zuneigen, ist mir auch bewusst. Dennoch hätte man die Zeit bis zum Ausstieg nutzen können, um neue Industriearbeitsplätze zu schaffen. Die Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze im Verhältnis zu den weggefallenen Arbeitsplätzen ist ein absoluter Witz. Es ist ja schön, dass Sie so beflügelte Zukunftsvisionen haben. Kümmern Sie sich um die Arbeitsplätze, die hier und jetzt wegbrechen!

Herr Ministerpräsident Woidke, Ihre Politik ist eine Katastrophe für die Arbeiter Brandenburgs und insbesondere der Lausitz. Nun versuchen Sie mit dem Projekt Tesla ein sogenanntes Vorzeigeprojekt zu schaffen. Ständig wird dort mit Vorabgenehmigungen gebaut. Wenn wir uns die Wasserproblematik anschauen, kann ich nur den Kopf schütteln. Seit Monaten wird über das Thema Wasser gestritten und erst jetzt wird das Umweltministerium mit den Landräten und Verbänden eingeschaltet und nach Lösungen gesucht, um den Wasserbedarf von Tesla zu decken – siehe RBB-Sendung vom 23.08.2020. Herr Ministerpräsident Woidke, das sind doch Dinge, die ich vor einer solchen Ansiedlung prüfe und nicht erst im Nachhinein!

Mit dem Projekt Tesla werden wir uns zu gegebener Zeit noch näher auseinandersetzen. Sie schreiben ja selbst, dass Sie für ordentliche Tariflöhne sind. Ich bin gespannt, ob wir die gerade bei

Tesla tatsächlich sehen werden. Aber, wie gesagt, ich bin optimistisch. Wir haben hier im Haus auch ehemalige Gewerkschafter, die werden bestimmt aufpassen, dass das dann auch so ist. Schauen wir einmal!

Die AfD als größte Oppositionspartei wird den Finger noch in die Wunde legen und klare Stellungnahmen von Ihnen einfordern. Sie lassen sich ja von den Tesla-Mitarbeitern im AIL auf der Nase herumtanzen – das muss man einfach einmal so sagen –, die noch nicht einmal irgendwelche Fragen beantworten. Das geht überhaupt nicht! Sie können davon ausgehen, dass wir von der Fraktion Ihre weitere Vorgehensweise ganz genau beobachten und Sie an die Pflichten einer Landesregierung erinnern werden. Sie als brandenburgische Landesregierung sind in erster Linie dem Brandenburger verpflichtet und nicht dem Herrn Musk aus Amerika.

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Woidke)

– Nein, das stimmt nicht. Ich möchte das nicht verhindern.

(Ministerpräsident Dr. Woidke: Nein?)

– Nein.

(Ministerpräsident Dr. Woidke: Gut!)

– Klargestellt! Ich möchte das Projekt nicht verhindern.

Aber uns als Opposition muss es doch einfach einmal gestattet sein, dass wir ...

(Zuruf)

– Nicht dagegen zu sein, das ist doch Quatsch, was Sie erzählen!

Es muss uns doch gestattet sein, dass wir über einige Dinge, die uns nicht gefallen, diskutieren.

(Zuruf)

Mir gefällt eine große Ansiedlung mit vielen Arbeitsplätzen, hundertprozentig!

(Zuruf: Und was tun Sie dafür?)

Wir wollen hier keinen Diskurs. Hier gibt es, wie die Präsidentin gesagt hat, keine Einwürfe und keine Zwischenfragen. Also bitte, ein bisschen betragen! Der Ministerpräsident durfte auch in Ruhe ausführen und das ist meine erste Rede hier. Also bitte.

Jetzt kommt der nächste Punkt.

(Zurufe)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Kubitzki, fahren Sie bitte fort.

Herr Abg. Kubitzki (AfD):

Das Benehmen von einigen hier – also!

(Zuruf)

– Ja, das ist wirklich so. Ich kann Ihnen aus Erfahrung sagen: Auf der Baustelle herrscht manchmal ein besseres Benehmen als in diesem Hohen Hause. Daran müssen wir wirklich alle noch arbeiten. Aber alle!

(Zurufe)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Darf ich Sie bitte wieder um Aufmerksamkeit bitten, damit wir die Aussprache fortsetzen können? Das Wort hat Herr Kubitzki von der AfD-Fraktion. Bitte.

Herr Abg. Kubitzki (AfD):

Jetzt kommt der nächste Punkt: Schauen wir uns doch einmal die ganz aktuelle Thematik Digitalisierung an. Zum Thema Digitalisierung haben Sie auch bereits viel gesprochen, aber wenig gemacht. Der Landesrechnungshof sieht schwere Defizite im Bereich Digitalisierung und präsentierte einen Beratungsbericht, der insbesondere Ihrer Staatskanzlei ein schlechtes Zeugnis ausstellte. Das ist Fakt, das kommt nicht von mir.

Hier wäre wirkungsvolles Handeln gefragt; denn man müsste die Staatskanzlei als strategische Schnittstelle für die Digitalisierung im Land Brandenburg auch wirklich nutzen – heißt es in dem Bericht. Doch bislang wurde diese Aufgabe – laut Landesrechnungshof – nur unzureichend erfüllt.

Auch Ihre Digitalstrategie wird als unzureichend beschrieben und die Gründung der Digitalagentur für eigentlich unnötig befunden. Weiter heißt es: „Die Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg stellt lediglich eine politische Absichtserklärung ohne jegliche Verbindlichkeit dar.“

Stattdessen sei die Gründung sogar ohne die vorgeschriebene Wirtschaftlichkeitsprüfung erfolgt und stelle somit einen gravierenden Verstoß gegen den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und

Sparsamkeit dar. Das sagt der Landesrechnungshof.

Herr Ministerpräsident Woidke, ist das wirklich Ihre Erfolgsbilanz, die Sie uns hier verkaufen wollen? Dass Sie insgesamt von einer guten digitalen Infrastruktur sprechen, ist einfach nur lächerlich. Ich kann Ihnen dazu ein Beispiel nennen: Ich habe noch im vorigen Jahr bei LEIPA gearbeitet. Einige kennen LEIPA, sie liegt bei Schwedt. Wie fahre ich von dort nach Hause? Ich fahre nicht durch Brandenburg nach Hause, sondern in Schwedt über die Brücke nach Polen und an der polnischen Grenze entlang. Warum? Aus zwei Gründen: Super Straßen und ein super ausgebautes Funknetz mit nicht einem Abbruch beim Telefonieren. Da kann man telefonieren, bis man schwarz wird. – Das ist Digitalisierung und nicht das, was hier bei uns los ist. Wenn ich in Richtung Landtag fahre, ist hinter Drehnow im Wald schon Schluss mit dem Telefonieren im Auto. Das muss man einfach einmal so sagen.

Nun möchte ich kurz zum Antrag der Fraktion DIE LINKE kommen. Sie fordern mit Ihrem Antrag, die parlamentarisch-kooperative Zusammenarbeit des Landtages Brandenburg mit dem Sächsischen Landtag zur gemeinsamen Entwicklung der Lausitzer Region im Strukturwandelprozess zu stärken. Wir werden diesem Antrag zustimmen, da wir die Zusammenarbeit mit den Sachsen prinzipiell befürworten. Trotzdem habe ich, persönlich zumindest, meine Zweifel. Sie wissen ja, dass ich im Aufsichtsrat der WRL bin. Vorige Woche war Sitzung, und es werden sich wahrscheinlich wieder – ich kenne das Ergebnis nicht – zwei Landkreise aus

der WRL verabschieden, und zwar die Landkreise Görlitz und Bautzen. Damit ist in der WRL kein Sachse mehr als Gesellschafter vertreten. Das ist schade und nicht gut, und deswegen werden wir Ihrem Antrag, dass wir weiterhin zusammenarbeiten, auch zustimmen. Dr. Freytag hat am Freitag – das hat gepasst – auch zugesagt, dass er – wie wir – auch weiterhin mit den Sachsen sprechen wird und mit ihnen zusammenarbeiten will. Ich finde es trotzdem schade – das will ich nur kurz erwähnen –, dass sich die nächsten Gesellschafter aus Sachsen verabschieden und ihr eigenes Ding machen. Aber das ist nun einmal so. Ob der Antrag hilft, werden wir sehen. Aber irgendetwas muss ja gemacht werden.

Wir von der AfD-Fraktion werden unseren Worten Taten folgen lassen und stellen den Antrag, eine Sonderwirtschaftszone in der Lausitz einzurichten. Mit unserem Antrag wollen wir endlich wieder Wohlstand und sichere Arbeitsplätze in die Lausitz bringen. Deshalb fordern wir von der Landesregierung: Weisen Sie die Region Lausitz als Sonderwirtschaftszone aus und schaffen Sie regulatorische Freiheiten! Herr Ministerpräsident Woidke und der Rest des Hohen Hauses, unterstützen Sie unseren Antrag und lassen Sie unser schönes Brandenburg eine Vorreiterstellung einnehmen! Machen Sie aus Brandenburg wirklich eine Gewinnerregion!

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Mit Erstaunen habe ich den Antrag „Einsetzung eines Sonderausschusses Strukturentwicklung in der Lausitz“ zur Kenntnis genommen. Der Sonderausschuss soll zwar aus 11 Mitgliedern be-

stehen, aber es wird gar nicht beschrieben, nach welcher Methode der Ausschuss besetzt werden soll. Ehrlich gesagt: Wie jetzt in den Ausschüssen gewählt wird, nämlich gar nicht, zumindest unsere Leute nicht, wird auch dieser Ausschuss dann ohne die AfD als größte Oppositionspartei tagen. So sehe ich das.

Ich verstehe auch nicht, warum wir gerade jetzt einen Sonderausschuss brauchen, wo die ...

(Zuruf)

– Wie bitte?

(Zuruf)

– Nein! Sie wissen schon, was ich meine.

(Zurufe)

– Na, na, na! Das können Sie gleich mal stecken lassen!

Ich kann auch nicht verstehen, dass wir gerade jetzt einen Sonderausschuss brauchen, wo doch die Landesregierung erst vor Kurzem die Wirtschaftsregion mit den Aufgaben bzw. mit der Betreuung des Strukturwandels betraut hat. Selbstverständlich ist mir klar, dass die Landesregierung die Kontrolle über die Arbeit der WRL haben muss. Aber das kann man ja auch machen, indem der Lausitzbeauftragte, Herr Freytag, der sowieso an den Sitzungen der WRL teilnimmt, dem Landtag berichtet.

Was ist eigentlich mit Ihrer Taskforce, mit Ihren Regionalbeauftragten? Ich sage nur: Still ruht der See. Wenn ich nicht mehr weiterweiß, bilde ich einen Arbeitskreis.

Wir werden den Antrag ablehnen, weil es wieder nur Floskeln sind, ohne handfeste Ziele.

Ich will wissen, wann wir wie viele Arbeitsplätze schaffen, was wir genau machen. Wenn ich mir das so durchlese, ist das für mich alles wieder nur Augenscherelei. Tun Sie mir einen Gefallen, liebe Landesregierung: Einfach mal machen und nicht irgendwelche Ausschüsse und Arbeitskreise und was auch immer für Murks bilden! Ich würde mich sehr

freuen, wenn man bei den wichtigen anliegenden Problemen wie dem Strukturwandel einfach einmal die Ideologie weglässt und miteinander arbeitet. Es geht um die Menschen in Brandenburg und in der Lausitz. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. – Das Wort erhält für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Stohn.

Erik Stohn

Vorsitzender der SPD-Fraktion

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger! Der Atomausstieg ist beschlossene Sache, der Kohleausstieg ist beschlossene Sache. Spätestens 2022 werden die letzten Atomkraftwerke abgestellt und spätestens 2038 verbrennen wir die letzte Kohle für Strom. Weltweit sind wir das einzige Industrieland, das so konsequent umsteuert: weg von den fossilen Brennstoffen, hin zu regenerativen Energien. Das ist eine bewusste Entscheidung. Sehr geehrte Damen und Herren, es liegt an uns, diesen Weg verantwortungsvoll zu beschreiten.

Ich sage bewusst: spätestens. Denn wenn es uns gelingt, sind wir auch 2035 bereit. Aber dafür muss einiges gelingen. Wir müssen erstens Versorgungssicherheit schaffen, wir brauchen zweitens bezahlbaren Strom und drittens eine neue wirtschaftliche Perspektive für die Lausitz.

Nur unter diesen Bedingungen wird uns das vierte, so wichtige Ziel, der Klimaschutz, auch gelingen. Denn wir haben nichts gewonnen, wenn wir nachts im Dunkeln sitzen. Wir haben nichts gewonnen, wenn die Strompreise durch die



Erik Stohn

Decke gehen. Und wir haben nichts gewonnen, wenn die heutigen Kohlekumpel in 18 Jahren auf der Straße stehen und ihre Kinder die Region verlassen müssen, weil es nichts mehr zu verdienen gibt. Damit all das nicht passiert, bauen wir jetzt die Brücke ins Zeitalter nach der Kohle. Dabei – das ist auch klar – werden wir in den nächsten Jahren nicht völlig auf fossile Brennstoffe verzichten können, ganz im Gegenteil: Unsere Energieindustrien sind Träger und Garanten in einem. Deshalb brauchen wir sie. Wir brauchen sie beim Übergang ins neue Zeitalter; das heißt, wir brauchen auch unsere Kohlekumpel für den Brückenbau. Auf dem Weg dahin geht es nur mit dem Energiemix.

Damit wir diesen, gerade für Brandenburg nicht ganz einfachen Übergang gestalten können, bekommen wir Unterstützung. Mit insgesamt 40 Milliarden Euro unterstützt der Bund den notwendigen Strukturwandel, an dessen Ende der Kohleausstieg steht. Brandenburg erhält eine Summe zwischen 10 und 11 Milliar-

den Euro. Damit man sich das vorstellen kann: Das entspricht etwa dem Landeshaushalt eines ganzen Jahres. – Was machen wir mit all dem Geld? Wir investieren in Infrastruktur, wir sorgen dafür, dass die Region besser und schneller erreichbar wird. Dazu gehören Bahnverbindungen zwischen Cottbus, Berlin, Dresden, Leipzig, Görlitz, der sechsspurige Ausbau der A13, und auch bei den Bundesstraßen soll es schneller vorangehen. Damit wird die Region attraktiver für Investoren.

Wir werden Neues aufbauen. Wir fördern aber nicht nur Industrien, wir setzen auch auf Akademien mit neuen Technologien. Dazu gehört das Innovationszentrum Universitätsmedizin mit einer medizinischen Hochschulausbildung. Das wird der Kern der „Modellregion Gesundheit Lausitz“ – Dietmar Woidke hat es erwähnt. Dass uns der Bund dabei unterstützt, ist ein Novum. Aber all das Geld macht noch keine Uni. Wir wollen eine zukunftsfeste Ausbildung, wir wollen junge Menschen in die Lausitz locken. Wir wollen so attraktiv sein, dass sich Mediziner bewusst für die Lausitz entscheiden.

Wir werden in Innovationstechnologien investieren. Hybridflugzeugturbinen sollen in der Lausitz erdacht werden. Dabei werden wir den Wissenschafts- und Forschungsstandort BTU Cottbus-Senftenberg stärken. Auch Projekte der Wasserstofftechnologie sollen künftig in der Lausitz vorangetrieben werden. Aber das Wichtigste ist, dass die Ideen, die in der Lausitz erdacht werden, auch in der Lausitz umgesetzt werden. In der Lausitz denken, in der Lausitz produzieren – damit entstehen neue Arbeitsplätze!

Aber von der Region soll auch eine Strahlkraft ausgehen. Die erdachten Ideen sollen auch woanders in Brandenburg für Beschäftigung sorgen, etwa Hybridflugzeugturbinen in Dahlewitz bei Rolls-Royce.

Wir setzen aber auch – das ist für einen geordneten Strukturwandel ganz wichtig – auf Industriearbeitsplätze. Der heutige Kohlekumpel ist nämlich meistens ein ausgebildeter Mechatroniker, Industriemechaniker, Elektroniker, Eisenbahner oder Maschinen- und Anlagenführer. Wir brauchen für die Zukunft der Lausitz Industriearbeitsplätze, damit Fachkräfte in der Region bleiben und weiterhin Wohlstand für ihre Familien und für unser ganzes Land erarbeiten können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Industriearbeitsplätze entstehen auch: Der Ausbau des Bahnwerks in Cottbus ist beschlossene Sache. Der neue ICE 4 wird dort gewartet. Es entstehen 1 200 zusätzliche Industriearbeitsplätze, und das bedeutet, dass ein Siebentel der heutigen Kohlekumpel eine direkte Anschlussverwendung findet – ein Siebentel, 1 200 Industriearbeitsplätze! Genau das haben wir anderen Bundesländern voraus, die vielleicht Zusagen für Behördenansiedlungen, für stärkere Investitionen in Forschung und Technologie haben. Beim Thema Industriearbeitsplätze haben wir ihnen etwas voraus: Wir bereiten uns schon heute auf das Morgen vor!

Weitere Investitionen stehen an. Die BASF hat angekündigt, ihre Batteriesparte in Schwarzheide aufzubauen. Aus Schwarzheide werden künftig Batterieteile für die neuesten Energiespeicher kom-

men. Auch hier werden unsere Kohlekumpel zu Brückenbauern für das neue Zeitalter.

Faktisch machen wir genau das Richtige: Wir stellen um auf regenerative Energien, wir verabreden einen verbindlichen Ausstieg, und wir begleiten bis dahin den Strukturwandel. In der Debatte geht es aber längst um Emotionen. Deshalb will ich auch darauf eingehen. Die Industrie steht heute vor einem unglaublichen Wandlungsprozess. Sie selbst will nachhaltiger und transparenter produzieren. Immer mehr Konsumenten legen Wert auf gute Produkte – nicht nur auf gute Produkte, sondern sie wollen auch wissen, dass sie gut produziert sind –, und darauf reagieren Unternehmen. Brandenburg hat hier einen entscheidenden Standortvorteil. Wir sind schon heute nach Fläche und Bevölkerung das Bundesland, in dem am meisten regenerative Energie produziert wird. Der Kohleausstieg wird den Blick auf diesen Erfolg frei machen und uns noch weiter nach vorne bringen. Hier in Brandenburg, wissen Unternehmen, können sie nachhaltig produzieren, und das hat auch Elon Musk dazu bewogen, mit Tesla hierherzukommen. Keine Frage, dazu ist noch ein gewaltiger Umbau nötig, aber wir haben die besten Voraussetzungen dafür geschaffen.

Für Tesla ist der Zugang zu regenerativen Energien ein Grund, sich hier anzusiedeln, für BASF ein Grund, hier noch mehr zu machen. Die Lausitz kann weltweit ein Modell dafür werden, wie Klimaschutz und neue wirtschaftliche Perspektiven miteinander versöhnt werden. Gelingt uns das, werden auch ande-

re Regionen weltweit ermutigt, für schnellere und konsequentere Klimaschutzpolitik einzutreten. Ich sage: Beides geht Hand in Hand. Brandenburg soll Klimaschutzbild sein!

Ich kann mit voller Überzeugung sagen: Wir alle, Landesregierung wie Koalitionsfraktionen, sind gewillt, genau das zu leisten. Wir wollen Vorbild sein, und Sie können sich darauf verlassen: Wir wollen niemanden zurücklassen!

Für die Jüngeren müssen wir Arbeitsplätze schaffen – die ersten Erfolge haben Dietmar Woidke und ich beschrieben, und es ist ein langer Weg, den wir jetzt beginnen. Für die Älteren müssen wir sorgen – mit bis zu 4,8 Milliarden Euro wird den Kohlekumpeln der Übergang in die Rente erleichtert; auch das hat Ministerpräsident Dietmar Woidke erläutert. Das Anpassungsgeld sorgt für einen sicheren Boden unter den Füßen. Das ist auch der Erfolg der Sozialpartner, das ist der Erfolg von starken Gewerkschaften, und diese starken Gewerkschaften und ihre Expertise brauchen wir auch weiterhin für den Strukturwandelprozess, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das muss auch sichtbar bleiben.

Unser Ziel heißt „EIN Brandenburg“. Das bedeutet die gleichmäßige Entwicklung aller Regionen im Land. Wir werden keine Region gegen eine andere ausspielen. Wir werden bei allen Infrastrukturprojekten das ganze Land im Blick haben. Wir werden bei der Entwicklung des ländlichen Raums nicht zögern, Geld in die Hand zu nehmen. Uns ist das Zusammenleben vor Ort wichtig, und wir wollen helfen, es zu organisieren. Wir sind ent-

schlossen, dieses eine Brandenburg voranzubringen – ein Land, in dem die Menschen füreinander da sind. Dieser Zusammenhalt soll der Motor für eine noch kraftvollere Entwicklung unseres Landes sein.

Mein Ziel ist es, die emotionalen Diskussionen rund um den Kohleausstieg zu versachlichen, und ich verspreche, dass meine Partei und ich für keinen Populismus rund um das Thema Kohle zu haben sind. Wir werden nicht behaupten, dass wir schneller aussteigen, falls die Voraussetzungen dafür nicht geschaffen sind. Forderungen nach einem überhasteten Ausstieg, der an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbeigeht, bieten wir die Stirn. Für uns gilt: Die Existenzsicherung der Menschen und der Region geht vor Zeitgeist. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist für mich gelebte Sozialdemokratie. Wir haben Checkpoints eingebaut, also Vermessungspunkte und Gradmesser, inwieweit der geordnete Strukturwandel gelungen ist, ob und wann ein früherer Ausstieg möglich ist. Sie werden für uns die Richtschnur sein.

Meine SPD ist ein verlässlicher Partner bei der Umsetzung des Strukturwandels und des Kohleausstiegs. Verlassen können sich auf uns die Stromkunden – wir werden keine Preistreiberi zulassen. Verlassen können sich auf uns die Unternehmen, die in uns einen Partner an ihrer Seite für innovative und nachhaltige Ideen finden. Verlassen können sich auf uns die Verbraucherinnen und Verbraucher – für uns gehört Versorgungssicherheit mit zum Kohleausstieg.

Wir werden aussteigen, das ist beschlossene Sache. Dahinter geht es nicht

mehr zurück. Pacta sunt servanda – Verträge sind einzuhalten, und die SPD ist und bleibt vertragstreu. Wir müssen den CO₂-Ausstoß reduzieren. Dazu haben wir uns verpflichtet, und jetzt müssen den Einsichten auch Taten folgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir denken in langen Linien. Dazu gehört die Rücksicht auf Natur und Umwelt, also auf unsere Schöpfung. Aktive Klimapolitik ist aber nur mit den Menschen möglich. Für den Erhalt von Umwelt und Natur wollen wir die Brandenburgerinnen und Brandenburger begeistern. Klimaleugnern sage ich: Nostalgie ist kein Geschäftsmodell für die Zukunft, Fortschritt aber schon. – Und Herr Kubitzki, ich nehme Ihnen Ihre Sorge um Ihre Kolleginnen und Kollegen ja ab, aber mit Schwarzmalerei und hängenden Schultern ist hier niemandem geholfen. Wandel heißt Veränderung!

Ich bin froh, dass wir mit unserem Ministerpräsidenten einen Mutmacher haben, und ich darf ein oft von Manfred Stolpe verwendetes Fontane-Zitat anführen: „Am Mute hängt der Erfolg.“ Nur mit dem Mut und der Kraft, die wir als Land Brandenburg, die Dietmar Woidke in persona in die Strukturwandelkommission, in die Verhandlungen eingebracht haben, ist uns das gelungen, was wir erreicht haben, nämlich Planungssicherheit und einen Pfad, auf dem die Lausitz gehen kann. Da hilft Ihre Schwarzmalerei überhaupt nicht!

Sie haben gesagt, Sie wollen Ideologie weglassen. Dann nehmen Sie auch das ganze Land in den Blick. Wir haben im Blick, dass Philipp, der eine Familie in der Lausitz gegründet hat, eine Perspek-

tive haben will. Wir haben Klaus im Blick, der sich Gedanken macht, ob er sicher in die Rente kommt, wenn die Kohle vorbei ist. Wir haben aber auch die Sorgen im Blick, die sich Max in Potsdam auf der Fahrraddemo macht.

(Zurufe sowie vereinzelt Heiterkeit)

– Vielen Dank für die Anregungen.

Jetzt kommen wir noch einmal zu „EIN Brandenburg“. Warum ist die Lausitz als Wirtschaftsmotor so wichtig? Weil sie auch dafür sorgt, dass bei uns besondere Sachen möglich sind, etwa dass sich Caroline, alleinerziehende Mutter in Eberswalde, weiterhin auf die Kiez-Kita und das Netzwerk Gesunde Kinder verlassen kann, und weil ich will, dass auch Sullivan, Schüler aus Luckenwalde, bald ein Tablet in seinem Ranzen hat.

Mit der Strukturwandelkommission und den in der Folge entstandenen Gesetzen hat sich gezeigt, wozu Politik in Höchstform in der Lage ist. Wir können

scheinbar unversöhnliche Positionen in einer stark polarisierten und aufgeheizten Gesellschaft zusammenbringen. Wir können sie zu einem Kompromiss vereinen und danach handeln. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kohleausstieg ist ein Meisterstück des politischen Handwerks!

Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger haben unsere Zukunft in der Hand. Ein gelungener Strukturwandel macht Brandenburg zum Vorbild für den Klimaschutz weltweit. Ein gelungener Strukturwandel macht Brandenburg aber auch zum Vorbild für den Erhalt von Wohlstand. Wir stehen heute am Anfang eines langen Wegs. Wir werden ihn gehen, gemeinsam und mit aller Kraft. – Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. – Für die Fraktion DIE LINKE spricht Herr Abgeordneter Walter.

Sebastian Walter

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE



Sebastian Walter

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Lieber Herr Stohn, ich freue mich, dass die Opposition zumindest rhetorisch wirkt, kann Ihnen aber sagen, dass Zitate allein keine gute Politik machen. Wenn Sie also über Lisa, Marie, Tim oder Torben reden, in Eberswalde beispielsweise, dann gucken Sie sich meine Reden genauer an, steigen vielleicht ein bisschen tiefer ein, blättern um – dann stellen Sie fest, dass dort Hinweise enthalten sind, wie wir die Situation der Menschen konkret verbessern wollen. Mit dem, was Sie hier heute erzählt haben, ist ihnen auf keinen Fall geholfen.

Meine Damen und Herren! Strukturwandel ist ein nüchternes Wort für das, was für nahezu jeden in unserem Land in den letzten drei Jahrzehnten eine persönlich erlebte Herausforderung gewesen ist – nicht nur in der Lausitz. Jede und jeder von uns kennt das aus dem Wahlkreis, aus dem persönlichen Umfeld, aus der eigenen Familie, viele aus der eigenen Biografie.

Der Strukturwandel ist aber nicht beendet, im Gegenteil: Er wird in der nahen Zukunft mehr und mehr Fahrt aufneh-

men. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger wissen das, sie spüren das. Sie wissen, welche Bedeutung die jetzigen Umbrüche im industriellen Herzen unseres Landes für die Menschen dort, für die Region und für uns alle haben. Und die Menschen haben Fragen: Habe ich in ein paar Jahren noch einen Job? Kann ich das, was ich mir in den letzten Jahrzehnten aufgebaut habe, in meiner Rente genießen? Können meine Kinder hier gut leben? Was für eine Erde hinterlasse ich meinen Enkeln?

Die Menschen schauen sehr genau hin, wie Politik, Gesellschaft und Wirtschaft an die Dinge herangehen und ob sie sie meistern, weil sich daran zeigen wird, ob wir mit Veränderungen fertigwerden können, ob wir Herausforderungen annehmen und zu Chancen machen können. Überschriften allein werden nicht ausreichen. Denn das bedeutet der Strukturwandel: Wir müssen aus dem Strukturwandel in der Lausitz eine Blaupause für die Entwicklung des ganzen Landes machen!

Die Chance ergibt sich daraus, dass der Ausstieg aus der Braunkohle jetzt endlich als das begriffen wird, was er tatsächlich ist: eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Diese Chance beherzt zu ergreifen, darin liegt unser aller Aufgabe.

Aber, Herr Ministerpräsident, wissen Sie, was uns dabei klar sein muss? Einen Masterplan wird es nicht geben, kein Rezept, kein Schema F, nach dem wir vorgehen können und mit dem ganz gewiss alles gut gelingen wird. Es wäre auch unredlich, den Menschen so etwas vorzugaukeln. Denn klar ist ebenso: Es wird auf diesem Weg auch Fehler geben. Schlimm wäre es nur, diese Fehler unter den Teppich zu kehren, sie nicht sehen zu wollen, keine Schlussfolgerungen aus ihnen zu ziehen. Die Lausitz, Herr Ministerpräsident, hat keinen Platz für Eitelkeiten, nicht für Ihre, nicht für meine – für niemandes Eitelkeiten!

Deshalb sage ich Ihnen auch, dass ich nicht verstehe, was Sie uns mit Ihrer Rede heute eigentlich sagen wollten. Da war nichts Neues dabei. Das Einzige, was Sie uns mitgeteilt haben, ist, dass eigentlich alles in Ordnung ist und Sie die Dinge im Griff haben: digitale Infrastruktur, Wirtschaft, Arbeitsmarkt – und bei den Menschen bedanken Sie sich auch. Entschuldigen Sie bitte, Herr Woidke, aber wenn alles schon so super ist, dann brauchen wir ja keine Strukturpolitik mehr. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Ich glaube, Ihnen ist das auch klar, denn Sie sprechen sich auffällig viel Mut zu.

Ich habe heute von Ihnen erwartet, dass Sie erklären. Sie wiederum haben nur verkündet. Sie haben aus Ihrer Regie-

erklärung zitiert. Ich will Ihnen auch ein Zitat vorlesen, aus einer Erwiderung auf meine Regierungserklärung – nein, nicht meine, so weit ist es noch nicht –, auf Ihre Regierungserklärung vom Dezember 2019: „Sie haben von einem Rauschen in der Leitung gesprochen. Sie haben von Sendern und Empfängern in der brandenburgischen Politik geredet, die derzeit anscheinend nicht oder zu wenig zusammenkommen. [...] Sie gehen dabei davon aus, dass es die Bürgerinnen und Bürger sind, die durch dieses Rauschen die Politik nicht richtig wahrnehmen.“

(Zuruf)

– Okay, entschuldigen Sie, Herr Woidke, Sie haben recht: Es stand in Ihrer Rede, Sie haben es nicht gesagt. Ich habe es zumindest gesagt; es ist ein Zitat von mir: „Ich denke, es ist umgekehrt: Sie sind es, der durch das Rauschen die Bürgerinnen und Bürger nicht richtig wahrnimmt. Das Rauschen liegt bei Ihnen, Herr Woidke.“

Sie wissen doch ganz genau, dass die Stimmung bei vielen in Ihrer Heimat eine ganz andere ist. Auch wenn es nur eine gefühlte Wahrheit ist, ist sie da!

Sie wollten doch aus dem Landtagswahlergebnis lernen, den Auftrag verstehen, sich nicht weiter in die eigene Parteienwelt zurückzuziehen und so tun, als ob alles gut wäre. Aber daraus ist wohl nichts geworden – die Verdrängung wird stärker und schlimmer. Mit dem Bild, das Sie in Ihrer Regierungserklärung zeichnen, werden Sie auf keinem Marktplatz, an keinem Infostand bestehen können. Das verspreche ich Ihnen.

Sie zitieren die guten Statistiken, aber was steckt dahinter? Na klar, die Arbeitsmarktdaten sind nicht schlecht, auch weil die Menschen in Kurzarbeit sind. Aber was ist, wenn sie ausläuft – irgendwann wird es keine Verlängerung mehr geben können –, wenn die Aufträge weiter ausbleiben? Wie sollen sie damit umgehen? Darüber verlieren Sie kein einziges Wort! Ich hätte heute von Ihnen erwartet, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung darstellen, dass sich das Land Brandenburg, dass sich die Koalition in Brandenburg dafür einsetzen wird, dass das Kurzarbeitergeld verlängert und gleichzeitig auch erhöht wird. Das wäre eine konkrete Hilfe für die Menschen aktuell in dieser Corona-Situation!

Wenn Sie über den Ausbildungsmarkt reden, dann will ich Ihnen auch sagen ...

(Zuruf)

– Ja, die Erhöhung kam aber nicht, Leute. Das ist typisch für euch und für Sie, dass Sie sich hinstellen und sagen: Es kam doch alles schon. – Wenn ein Problem auftaucht, haben Sie es meist schon im Griff, und wenn Sie es nicht im Griff haben, dann besteht das Problem gar nicht. – Das ist doch das Problem, dass, wenn es konkret wird, Sie eben nicht durchziehen, sondern sich auf andere beziehen.

Ich will Sie auch fragen: Wenn Sie über die gute wirtschaftliche Lage reden, über wen reden Sie dann eigentlich? Über die Solo-Selbstständigen, über die Kulturschaffenden, die Sie mit Ihrer Politik seit Wochen und Monaten im Regen stehen lassen?

Sie sprechen davon, dass Sie neue Fachkräfte von außerhalb gewinnen wollen. Das finden wir gut, das ist schön, darin werden wir Sie unterstützen. Aber erklären Sie mir einmal, wieso eine Fachkraft aus Bayern oder Baden-Württemberg nach Brandenburg kommen sollte, wenn sie hier für weniger Geld mehr arbeiten muss. Die Schönheit der Wälder und Seen alleine wird nicht überzeugen.

Zum „Brandenburg-Monitor“: Richtig, zwei Drittel der Befragten finden, dass sich Brandenburg in die richtige Richtung entwickelt. Aber blättern Sie einmal um: Was, wenn es dann konkreter wird? 53 % glauben nicht, dass es in den nächsten Jahren in Brandenburg gerechter zugehen wird; 54 % glauben nicht, dass Löhne und Gehälter angemessen steigen werden. Jeweils nur ein Viertel ist da optimistisch. Immer noch machen sich 49 % der Eltern große oder sehr große Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder. 43 % sorgen sich um ihre finanzielle Absicherung im Alter.

Ich sage das alles sehr bewusst, nachdem ich Ihre Rede gehört habe, Herr Woidke. Wieder einmal vermitteln Sie den Eindruck, Sie hätten hier von Potsdam aus alles im Griff und keine Fragen mehr, als wäre die neue Lausitz schon klar zu erkennen und zum Greifen nah, als würden Leuchttürme wie BASF, das nahe Tesla, die neue Medizinische Universität und vielleicht noch Behörden-Umzüge die ganze Region in ein warmes Licht tauchen und Geschäftigkeit auch im letzten Winkel anregen, als würden Tourismus, Gastronomie und Kultur alle Lücken schon irgendwie schließen. – Das ist alles gut und richtig, aber das allein wird nicht

dafür sorgen, dass wir den Strukturwandel bewältigen können. Was Sie machen, Herr Ministerpräsident, ist, dass Sie ein Tischfeuerwerk abbrennen, das man mit „Ah!“ und „Oh!“ bewundern und bestaunen kann. Aber wenn es vorbei ist, bleibt nicht viel.

Die Regierung im Land, aber auch die im Bund, ist im Moment noch nicht einmal in der Lage, den Bestand Brandenburgs als Energieland, den von uns schon lange angestrebten Wechsel vom Land des Kohlestroms zum Land der erneuerbaren Energien zu garantieren! Man muss doch nur auf das Elend mit der Windkraft schauen. Allein in meiner Zeit, in den über drei Jahren beim DGB Ostbrandenburg, sind in der Windkraft 1 500 Arbeitsplätze verloren gegangen. Da frage ich mich – auch angesichts Ihrer Rede; Sie thematisieren es –, wo die konkreten Antworten sind. Wie schaffen wir es, die Windkraft in Brandenburg zu sichern? Wie schaffen wir es, die Produktion der Windkraft zu sichern? – Dazu kein Wort. Ich wundere mich auch, wo an dieser Stelle die Grünen sind.

Was die Menschen genau in dieser Situation brauchen, ist Verbindlichkeit, Verlässlichkeit für das Leben der Menschen in der Lausitz, aber auch im übrigen Land. Wer über Zukunft spricht, darf mit der Lohnpolitik nicht im letzten Jahrhundert stehen bleiben.

Was hätte ich heute von Ihnen erwartet, Herr Görke, äh, Herr Woidke?

(Heiterkeit sowie Zurufe)

– Bleiben Sie mal ganz entspannt!
Wer weiß, was noch kommt.

Ich will Ihnen sagen, dass ich heute von Ihnen, Herr Woidke, erwartet hätte, dass Sie wirklich – und das hätten Sie auch tun können – konkret werden. Wenn Sie zu Recht darüber sprechen, dass wir gute Arbeitsplätze im Land brauchen, dass wir die Tarifbindung stärken, dann hätte ich heute die klare Aussage von Ihnen erwartet: Wir als Land Brandenburg werden eine Tariftreue-Regelung ins neue Vergabegesetz aufnehmen, wir werden den Vergabemindestlohn schon zum 1. Januar 2021 – wie es versprochen war – auf 13 Euro anheben. – Das alles haben Sie nicht gesagt, stattdessen verschiebt die Kenia-Koalition genau dann, wenn es konkret wird, die konkreten und wichtigen Beschlüsse auf irgendwann. Das ist für uns nicht hinnehmbar.

Der Jubel über die Masse an Geld, das jetzt fließt, wird nicht ausreichen. Die, die Nutzen daraus ziehen sollen, müssen die Gelder auch nutzen können. Deshalb geht es auch darum, dass wir konkret darüber sprechen müssen, dass das Land die Eigenanteile der Kommunen übernehmen muss, dass wir auch die Kommunen im ganzen Land endlich entschulden und hier die großen Schritte gerade in der Corona-Krise nutzen, weil das Leben vor Ort stattfindet und die Politik in der Kommune gemacht wird. Den Strukturwandel umsetzen, gerade in der – auch sozialen – Infrastruktur: Das werden die Kommunen vor Ort tun müssen. Deshalb müssen wir sie in die Lage versetzen.

Dann sprechen Sie natürlich über Tesla – das gönne ich Ihnen – und sagen, dass Sie Nachrichten über Tesla sehr gern lesen. Das verstehe ich auch; das

ist verständlich. Aber auch hier bitte ich Sie, einmal umzublättern. Da steht nämlich noch mehr, sehr Konkretes, das mit dem Leben der Menschen drum herum zusammenhängt: Sorgen wegen der Überlastung der Infrastruktur, Sorgen um die künftige Wasserversorgung. Herr Woidke, dass Sie nicht immer sofort die richtigen Antworten haben, verstehe ich. Aber Sie stellen auch keinen konkreten Plan auf, wie Sie zu den richtigen Antworten kommen wollen, wie Sie dazu kommen wollen, den Menschen auf ihre Fragen Antworten zu geben.

Ich sage Ihnen eines: Erst reden Sie über die Metropolregion Berlin-Brandenburg, aber dann betonen Sie noch einmal, dass sich Tesla in Brandenburg angesiedelt hat. Lassen Sie das einfach! Wir freuen uns, dass sich Tesla hier in der Metropolregion ansiedeln möchte. Ich habe mehrfach gelesen – so wurde es auch öffentlich dargestellt –, dass Herr Musk nach Grünheide kam, weil er dachte, dass Grünheide in Berlin wäre. Deshalb: Ganz entspannt bei solchen Vergleichen! Ich glaube, es ist auch nicht gut, wenn wir in einer Metropolregion so miteinander umgehen.

Vorsicht bei dem einseitigen Blick auf das, was man gern liest! Man darf das nicht ausblenden, sonst kommt es zu solch unwürdigen Veranstaltungen wie der kürzlich durchgeführten Ausschuss-Anhörung zu Tesla: Selbstdarstellung, PR, ohne Möglichkeit für die Abgeordneten, Fragen zu stellen. Das war aus meiner Sicht eines Parlamentes unwürdig.

Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass die Industriepolitik Grundlage für eine Strukturentwicklung sein muss. Da

sind wir völlig einer Meinung, Herr Woidke. Aber hüten wir uns vor dem Versprechen oder auch nur dem Traum, wir könnten für jeden wegfallenden Industriearbeitsplatz einen neuen schaffen. Das wird so einfach nicht gelingen, und es verstellt auch den Blick auf die Wirklichkeit und die tatsächlichen Chancen in der Lausitz. Sicher, die Region ist das industrielle Herz Brandenburgs. Aber sie ist doch mehr als nur ihre Industriestandorte! Dienstleistungssektor, Gesundheitswirtschaft und verarbeitendes Gewerbe insgesamt haben im letzten Jahrzehnt bereits kräftig zugelegt und Beschäftigung geschaffen. Kleine und mittelständische Unternehmen beschäftigen mittlerweile fast genauso viele Menschen wie die großen industriellen Unternehmen.

Dazu, wie wir die kleinen und mittelständischen Unternehmen in diesem Strukturwandel und dieser Strukturentwicklung konkret einbinden, hätte ich von Ihnen gern einen Satz mehr gehört, aber: kein konkretes Wort von Ihnen!

Hier, meine Damen und Herren, müssen wir ansetzen: bei der von unten gewachsenen Wirtschaftsstruktur und bei neuen Unternehmen, neu zu gründenden Existenzen. Natürlich – das wissen wir auch – ist das nicht so einfach, wie es klingt. Der Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen hängt noch immer stark von Kohle und Energie ab. Hier müssen wir ansetzen, damit eine Neuorientierung gelingt. Klar, das geht nicht von heute auf morgen. Die regionalen Akteure rechnen mit bis zu drei Jahrzehnten. Aber gerade deshalb sollten wir keine Zeit verlieren.

Stichwort Neugründungen: Hier stehen wir vor riesigen Problemen mit Blick auf die Infrastruktur – materiell wie sozial. Die unzureichenden Telefon- und Datenetze sind ein ganz konkretes Hindernis für Ansiedlungsentscheidungen und logischerweise auch für die Digitalisierung. Dass jetzt ein 5G-Modellprojekt gestartet und die Lausitz dann zu einer 5G-Modellregion entwickelt werden soll, ist eine gute Nachricht. Aus der Ankündigung muss aber auch etwas folgen, wenn das noch zu unseren Lebzeiten Realität werden soll.

Im sozialen Bereich erleben wir aufgrund der Corona-Auswirkungen gerade, wie schutzlos Solo-Selbstständige und kleine Unternehmer dastehen, wenn ihnen der Wind ins Gesicht weht, und wie unverständig und gelähmt sich Ihre Politik, liebe Kenia-Koalition, verhält.

Das sind keine Anreize dafür, in einer Umbruchsituation seine Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, aber genau die bräuchten wir!

Bringen wir es auf den Punkt, Herr Ministerpräsident: Die Kunst wird gerade darin bestehen, die neue Lausitz von unten wachsen zu lassen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen – allen voran: Vertrauen. Das Vertrauen darauf, dass der Weg in die Zukunft nicht ins Unglück führt. Mit einem marktradikalen Ansatz zu Lasten der Beschäftigten und der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Sie von der AfD ihn hier fordern, mit dem Vorschlag einer „Sonderwirtschaftszone“ in der Lausitz ist das übrigens nicht zu schaffen. Ich weiß nicht, ob Sie Ihren Antrag gelesen haben. Wenn Sie da nämlich einmal reinschauen würden, dann läsen

Sie etwas von innovationsfördernden Arbeitszeiten und innovationsfördernden Löhnen. Was bedeutet das denn? Eine Sonderwirtschaftszone würde bedeuten, dass der Mindestlohn nicht gilt, dass die Arbeitszeitgesetze nicht gelten, dass Großkonzerne keine Steuern zahlen müssen – dass überhaupt niemand Steuern zahlen muss. Das ist Ihr Konzept für eine gute Entwicklung in der Lausitz. Herr Kubitzki, wenn Sie hier versuchen, authentisch Ihre Kolleginnen und Kollegen zu vertreten, dann bitte ich Sie auch, mit diesem Vorschlag zu Ihren Kolleginnen und Kollegen zu gehen und denen zu erklären, warum ihr Tarifvertrag nicht mehr gilt und warum sie dann zum Niedriglohn arbeiten sollen! Mit Niedriglohn werden wir diesen Strukturwandel nicht gestalten können.

Und wissen Sie, eine Sache regt mich besonders auf, auch wenn Teile Ihrer Fraktion ja nicht da sind: Wenn ich den Antrag der AfD lese, sprechen Sie darin – ich will richtig zitieren – von einer „historischen Lausitz“, also von Thüringen bis Oberschlesien. Und dann verwenden Sie in Ihrem Antrag den Begriff weiter: die „historische Lausitz“. Entschuldigen Sie bitte: Zwischen der Lausitz, über die wir reden, und der polnischen Lausitz, über die Sie dann auch noch sprechen, da liegt ein Fluss. Und dieser Fluss ist mehr als nur ein einfacher Fluss, sondern das ist die Oder-Neiße-Friedensgrenze, und die besteht schon seit vielen Jahrzehnten. Dass Sie diese jetzt mit Ihrem Antrag infrage stellen, zeigt doch einfach, was Sie an dieser Stelle für eine Trümmertruppe sind.

Herr Kubitzki, wenn Sie dann davon sprechen, dass das Benehmen in diesem Hause nicht besonders gut ist, muss ich sagen: Ja, es ist manchmal eine harte Auseinandersetzung – aber wissen Sie, im Namen Ihrer Fraktion von gutem Benehmen zu sprechen ... Dass sich Abgeordnete in diesem Landtag überhaupt darüber Gedanken machen müssen, dass hier im Plenum Gefahr für ihr Leib und Leben bestehen könnte, weil sie angegriffen werden, weil sie geboxt werden, dass es überhaupt einen solchen Verdacht geben kann, das ist doch kein Zustand! Das hätte ich mir nie vorstellen können, das ist auch eines Parlamentes unwürdig. Und das Schlimme ist ja: Man traut es den Kollegen, die da verdächtigt werden, auch zu. Das halte ich tatsächlich für falsch, und deswegen halten Sie sich zurück, wenn Sie hier das Benehmen anderer kritisieren!

Herr Ministerpräsident! Linke und SPD haben in ihrer gemeinsamen Regierungszeit in Bezug auf den Strukturwandel bereits erste Pflöcke eingeschlagen. Von Erhalt und Ausbau der Infrastruktur bis hin zu unserem Sozialstaatsversprechen, auch in schwierigen Zeiten, habe ich allerdings heute auch nichts mehr gehört. Viele Fragen, auf die Rot-Rot erste Antworten gegeben hat, bestehen aber weiter, und neue kommen hinzu. Über Infrastruktur und Daseinsvorsorge habe ich schon gesprochen.

Zur nächsten Landtagssitzung legen wir unser Konzept für eine Landesstrukturgesellschaft vor – als Antwort auf die Herausforderungen in der Lausitz, aber mit einem Blick über den Tellerrand, den Sie nicht wagen. Sachsen hat bereits

eine landeseigene Strukturentwicklungsgesellschaft zur Koordination seiner beiden vom Strukturwandel betroffenen Braunkohlereviere gegründet. Brandenburg setzt in diesen Dingen allein auf die Wirtschaftsregion Lausitz. Es besteht die Gefahr, dass die WRL mit den Aufgaben überfordert sein wird und dass sie der sächsischen SAS nicht der notwendige Partner auf Augenhöhe sein wird. Vor allem – und das ist unser Problem –: Wenn Sie davon sprechen, dass wir die Strukturentwicklung für das ganze Land brauchen, dann sage ich Ihnen, mit der WRL werden wir den Strukturentwicklungsprozess eben nicht für das ganze Land organisieren können. Deshalb brauchen wir die landeseigene Landesstrukturgesellschaft; deswegen ist sie so wichtig. Und deshalb werden wir diesen Antrag einbringen und bitten dann auch um Ihre Zustimmung.

Lassen Sie mich zum Ende kommen. Meine Damen und Herren, wir dürfen uns an einer Stelle nichts vormachen: Wir alle als demokratische Parteien haben in der Lausitz ein Vertrauensproblem. Das kann man auch nicht einfach so abtun – dass man dann erklären will und sprechen will. Viele Menschen sind misstrauisch gegenüber dem, was wir, was die Politik generell mit ihnen anstellt. Viele sind nach all den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte schlichtweg auf Abwehr eingestellt. Und ganz ehrlich: Wer könnte ihnen das übel nehmen? Die Lösung ist nicht, einfach das Blaue vom Himmel zu versprechen und so zu tun, als ob man alles im Griff habe – im Gegenteil: Wir müssen zuhören, ehrlich sein und gemeinsam mit den Menschen Lösungen finden. Denn es ist

vor allem auch ihre Zukunft, über die wir hier verhandeln. Es geht um Augenhöhe.

Lassen Sie uns bitte gemeinsam überlegen. Lassen Sie uns Kooperation vorleben, wenn wir Kooperation in der Region wollen! Und da nehmen wir Sie gerne beim Wort. – Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. – Das Wort erhält jetzt die Fraktion der CDU und es spricht zu uns Herr Dr. Redmann. Bitte schön.

Dr. Jan Redmann

Vorsitzender der CDU-Fraktion



Dr. Jan Redmann

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat drei Attribute genannt, mit denen die Lausitz die anstehende Strukturentwicklung meistern kann: Stolz, Selbstbewusstsein und Mut – Stolz auf die Heimat und das in der Vergangenheit Geleistete; Selbstbewusstsein über die eigene Stärke; und Mut, neue, noch unbekannte Wege zu gehen.

Was setzt dem eigentlich die größte Oppositionsfraktion in diesem Hause entgegen? Herr Kubitzki, wenn ich Sie richtig verstanden habe, lautet Ihr Alternativangebot: Pessimismus, Selbstzweifel, Ideenlosigkeit. Markenzeichen der AfD im Landtag Brandenburg ist Politik gewordene Depression. Das ist die Wahrheit. Wenn Franz Josef Strauß recht hat mit dem Satz, dass konservativ zu sein bedeutet, an der Spitze des Fortschritts zu stehen, haben Sie heute ein ums andere Mal unter Beweis gestellt, dass Sie nicht konservativ sind, meine Damen und Herren.

Ja, es mag ja zutreffend sein: Mancher Lausitzer traut den Chancen, die wir ergreifen können, noch nicht so ganz. Zu präsent ist der absehbare Wegfall der Braunkohle, die die Region so lange zu-

verlässig ernährte und große Teile Deutschlands mit Energie versorgte. Aber hier hilft vielleicht auch ein Blick auf erfolgreiche Beispiele von Strukturwandel. Wir sollten auch das Selbstbewusstsein haben, Herr Kubitzki, uns Vorbilder zu nehmen.

Rauchende Schornsteine, eingeschwärzte Hausfassaden, schuftende Industriearbeiter, all das gab es ja nicht nur in der Lausitz, nicht nur im Ruhrgebiet, sondern war bis zur Energie- und Stahlkrise in den 80er-Jahren Alltag für die Menschen im amerikanischen Pittsburgh. Auch hier konnte man lange nicht die Wäsche zum Trocknen heraushängen – die ansonsten schwarz wurde. Heute ist die Stadt ein Musterbeispiel für gelungene Strukturentwicklung. Regelmäßig wird sie vom „Economist“ als lebenswerteste Stadt Amerikas ausgezeichnet. In Pittsburgh gibt es prozentual die meisten Schulabschlüsse in den USA. Die Stadt lebt das, was sie schon in den Jahren der Stahlproduktion ausgezeichnet hat: Energie und Innovation. Pittsburgh ist ein

Zentrum für IT und Medizintechnik geworden, zu einem Wissenschafts- und Universitätsknotenpunkt, und ist seit einiger Zeit auch wieder attraktiver Wirtschaftsstandort für kleine und große Unternehmen, für Start-ups und für Industrie. Mit seinem ambitionierten Umweltprogramm hat Pittsburgh es geschafft, den einst verdreckten Allegheny River zur Lebensader der Stadt zu machen. Größte Probleme sind heute die steigende innerstädtische Reh- und Biberpopulation sowie kanadische Wildgänse.

Meine Damen und Herren, die Lausitz muss nicht nach den Sternen greifen. Es reicht die Orientierung an positiven Beispielen des Strukturwandels – besser gesagt: der Strukturentwicklung –, bei allen Unterschieden, die hier natürlich gelten: In Cottbus werden es beispielsweise Biber neben den schon angesiedelten Nutrias wahrscheinlich schwer haben. Es ist die Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass jede Investition in der Lausitz dazu beiträgt, aus ihr ein brandenburgisches Pittsburgh zu machen. Es ist richtig, meine Damen und Herren: Die insgesamt 10,3 Milliarden Euro, die der Bund in den nächsten Jahren für die Strukturentwicklung in Brandenburg zur Verfügung stellt, sind eine große Chance für unser ganzes Land. Es ist eine einmalige, noch nie dagewesene Investition, und daraus erwächst für die Landesregierung, für den Landtag und die beteiligten Kommunen eine große Verantwortung. Dass wir heute die Einrichtung eines Sonderausschusses für die Strukturentwicklung in der Lausitz beschließen, soll auch ein Signal an die

Menschen in der Lausitz sein, dass wir uns dieser Verantwortung kraftvoll stellen.

Es geht uns nicht darum, die Strukturentwicklung zentralisiert aus Potsdam zu gestalten, sondern darum, über den Sonderausschuss die parlamentarischen Ebenen zu verbinden und mit den kommunalpolitischen Akteuren vor Ort an der Umsetzung der Strukturstärkung zu arbeiten. Eine zentrale Rolle wird dabei der WRL zukommen; sie ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der Landes- und der Kommunalebene. Wir werden genau beobachten, ob sie diese Funktion unter den gegebenen Umständen auch ausfüllen kann oder es noch Justierungsbedarf gibt.

Der Sonderausschuss Lausitz ist nicht weniger als ein Paradigmenwechsel in der Geschichte des Landtages Brandenburg. Zum ersten Mal hat ein Sonderausschuss einen gestalterischen Auftrag und soll nicht nur kontrollieren wie beispielsweise beim BER. Der Ministerpräsident sagte, er finde die Einrichtung des Sonderausschusses sehr gut. Ich würde sogar sagen: Sie ist für eine erfolgreiche Strukturentwicklung in der Lausitz unabdingbar.

Die letzten Wahlen haben uns gezeigt, wo es bislang noch hakt: Bislang war den Menschen in der Lausitz immer nur klar, was sie verlieren werden. Auf einmal waren sie, die über Jahrzehnte der Bevölkerung Licht und Wärme geliefert haben, die Buhmänner der Nation. Ihre Arbeitsmaschinen wurden sabotiert; öffentlich wurde darüber gestritten, warum sie nicht am besten sofort ihren Arbeitsplatz verlieren sollten. Das macht etwas

mit den Menschen, auch mit denen, die nicht direkt in der Kohleindustrie arbeiten.

Die Lausitzer kennen dieses Gefühl bereits: Seit der Wende sind in der brandenburgischen und der sächsischen Lausitz rund 180 000 Arbeitsplätze weggefallen. Heute hängen indirekt noch immer 20 000 Arbeitsplätze von der Kohle ab. Als Prignitzer weiß ich, dass andere Regionen manchmal neidisch gen Süden gucken und sich vielleicht auch übervorteilt fühlen. Doch zu Neid gibt es angesichts dieser massiven Veränderungen keinen Anlass. Und ob Brandenburg auch künftig ein industrielles Herz hat, ist eine wirtschaftspolitisch zentrale Frage für das ganze Land. Gelingt uns diese Strukturentwicklung, wird die positive Ausstrahlung weit über die Lausitz hinausreichen.

Gegen Misstrauen und Skepsis helfen keine Vorwürfe, sondern nur Taten. Anpacken! Von den Lausitzern können wir an dieser Stelle mehr lernen, als so mancher meint. Wir gehen dieses Vorhaben keine Sekunde zu früh an. Wir müssen jetzt handeln, wenn wir die Zukunft gestalten wollen.

Die CDU hatte diesen Anspruch immer, und wir werden ihn auch jetzt leben. Wir sind nicht für Maschinenstürmerei, wir sind für den Weg nach vorn. Wir müssen die Menschen in der Lausitz in dem Prozess hin zu einer klimafreundlichen Zukunft mitnehmen – nein, eigentlich noch mehr: Wir müssen die Region zu einem Zentrum dieses Prozesses machen und gemeinsam die großen Potenziale heben. So wird die Lausitz auch in

Zukunft an der Spitze des Fortschritts marschieren, Herr Kubitzki.

Erste Beweise, dass wir die Weichen damit richtig stellen, sehen wir doch bereits: Der Ausbau der BASF-Batterieproduktion – auch mithilfe von Landesmitteln – wurde schon mehrfach erwähnt. Er zeigt, dass die Lausitz als Motor für ganz Brandenburg wichtig ist. So entsteht eine regionale Wertschöpfungskette zur Tesla-Fabrik in Grünheide. Die Lausitz und ganz Brandenburg werden ein sehr wichtiger Standort für die Zukunftsindustrie der Elektromobilität werden, wenn wir dies nur selbstbewusst verfolgen.

Aber bei allem Respekt, Herr Ministerpräsident: Dieses Selbstbewusstsein erstreckt sich nicht nur auf die Betonung der Postleitzahl, unter der die neue Tesla-Fabrik gelistet sein wird. Die erfolgreiche Ansiedlung zeigt noch etwas ganz anderes: Brandenburg und Berlin sind keine Rivalen um Ansiedlungen – auch nicht im Spaß. Nein, wir stehen gemeinsam in einem Wettbewerb, im Wettbewerb mit Greater London, mit der Île-de-France sowie vielen anderen internationalen Metropolregionen. Wir müssen uns als Brandenburger endlich selbstbewusster und erhobenen Hauptes zum gemeinsamen Metropolitanraum mit Berlin bekennen. Kirchturmpolitik führt hier überhaupt nicht weiter!

Die Koalitionsfraktionen haben einen Antrag mit folgendem Titel eingereicht: „Wirtschaftsnahe Infrastruktur und innovative Wissenschaftsstandorte – Grundlagen für die Strukturentwicklung in der Lausitz schaffen.“ Er soll die Richtung vorgeben, die wir bereits jetzt einschlagen müssen. So viel ist heute schon klar:

Es ist sicher nicht der letzte Antrag zu diesem Thema.

Frägt man die Menschen, wird auch ganz deutlich: Eine funktionierende Infrastruktur trägt entscheidend zur Zufriedenheit mit der eigenen Lebens- und Berufssituation bei. Die richtige Infrastruktur ist darüber hinaus einer der wichtigsten Faktoren für Unternehmensansiedlungen; hierauf wird es in den nächsten Jahren besonders ankommen. Dass der Bund die Wirtschaftsfördergesellschaften aus Brandenburg und Sachsen organisatorisch und finanziell aktiv bei der Suche nach internationalen Investoren für die Lausitz unterstützt, ist genau der richtige Weg. Das heißt aber auch, dass wir unsere Hausaufgaben vor Ort erledigen müssen. Priorität wird es also haben, mit wirtschaftsnaher Infrastruktur, schnellen Autobahnen für Fahrzeuge sowie für Daten und dem Ausbau der Schienenlogistik attraktive Standorte für Ansiedlungen zu schaffen.

Ich bin froh, dass wir bereits einige Leuchtturmprojekte wie den Ausbau des Bahnwerks in Cottbus – der Ministerpräsident hat dazu ausgeführt – hervorheben können. Sie müssen nun schnell zum Erfolg gebracht werden, damit sie auch Folgeinvestitionen im privaten Sektor nach sich ziehen. Genauso wichtig wird es sein, dass die vielen kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort von dieser Entwicklung profitieren. Viele sind indirekt mit der Kohleindustrie verknüpft und müssen nun ihre Geschäftsmodelle anpassen. Wir erteilen daher der Landesregierung den Auftrag, die Begleitung der Betriebe auszubauen und sie proaktiv in die Strukturentwicklung einzubeziehen.

Von herausgehobener Bedeutung wird bei dieser ambitionierten Aufgabe auch die Planungsgeschwindigkeit sein. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie unnötige Doppelstrukturen vermeidet und die durch das Strukturstärkungsgesetz entstehenden Kapazitäten so verteilt, wie sie auf dem effizientesten Weg zum Erfolg führen. Das Strukturstärkungsgesetz sieht darüber hinaus die Ansiedlung zahlreicher Forschungsinstitute vor. Mit einem klugen Konzept kann die BTU Cottbus-Senftenberg hier im Zentrum eines Netzwerks stehen. Doch eins muss uns klar sein: Es bedarf noch ziemlich großer Anstrengungen, dieses Netzwerk wirklich zum Leben zu erwecken. Dem wird sich die Koalition in den nächsten Jahren stellen.

Wir werden die Lausitz zu einer Gesundheitsregion der Zukunft machen. Der Ministerpräsident kündigte es an. Im Zentrum steht die Mediziner Ausbildung in Cottbus. Und glauben Sie mir: Nicht nur für die Menschen in der Lausitz, auch nicht nur für die Mitglieder dieses Landtages, ist es ein großer Gewinn, wenn jährlich Hunderte junger Menschen in Brandenburg ihren Traum von einer medizinischen Ausbildung wahr machen können und hier vor Ort die neuesten Methoden der Krebsforschung oder auch nur den Unterschied zwischen einer ein- und einer zweizeitigen Milzruptur lernen.

(Vereinzelt Beifall und Heiterkeit)

– Klatscht bei Ihnen niemand?

(Zuruf)

Vor uns liegt auch noch ein großes Stück konzeptioneller Arbeit, aber am

Ende wird der Plan zu einem Innovationszentrum Universitätsmedizin stehen, der auch die bestehende Mediziner Ausbildung der MHB in Brandenburg an der Havel und Neuruppin nicht unberücksichtigt lässt und mit dem wir das Problem des Ärztemangels endlich lösen. Das sind wir allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern schuldig.

Meine Damen und Herren! Vergessen wir bitte niemals, worum es bei dieser Diskussion im Kern geht: Es geht um die Menschen in der Lausitz und um ihre Heimat. Und Heimat, liebe Kollegen von der Linksfraktion, ist sicher keine „Marke“, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben. Das erinnert mich doch eher an Reklame. Heimat ist dort, wo das Herz schlägt, der Ort, an dem man zu Hause ist, sich geborgen fühlt, mit der Familie lebt. Heimat geht über jeden Einzelnen hinaus und umfasst mehr als das Hier und Jetzt. Dem simplen Materialismus der Linkspartei kann ich an dieser Stelle einfach nicht folgen.

Strukturwandel braucht Erinnerung. Erfolgreiche Strukturentwicklung kann nur mit einem sensiblen Bewusstsein und mit Respekt für die Geschichte der Menschen gelingen. Die Lausitzerinnen und

Lausitzer sind zu Recht stolz auf ihre Heimat und ihre kulturelle Identität – auch als Energieregion. Diese Vergangenheit gilt es ausdrücklich zu würdigen. Deswegen werden wir auch einen Ausbau der Industriekultur und eine Bewahrung des kollektiven Bewusstseins der Lausitzerinnen und Lausitzer beschließen.

Es wird in Zukunft nicht mehr nur um eine Branche gehen, die das Bild der Lausitz bestimmt. Hierin liegt auch ein Schlüssel zu einer erfolgreichen Strukturentwicklung. Das zeigt nicht nur das Beispiel Pittsburgh, sondern es folgt auch einer wirtschaftspolitischen Logik der Resilienz, der Widerstandsfähigkeit. Je breiter eine Wirtschaftsregion aufgestellt ist, desto stabiler wird sie auf künftige Einflüsse reagieren können. Das ist es, was die Menschen in der Lausitz mit den nächsten 20 Jahren in Verbindung bringen sollen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen hierbei zu helfen und die Richtung zu weisen. Glück auf!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. – Das Wort erhält der Abgeordnete Vida für die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER. Bitte schön.

Péter Vida

Vorsitzender der Fraktion
BVB / FREIE WÄHLER

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!
Sehr geehrte Abgeordnete! In der Lausitz findet ein massiver Wandel statt, der sich mit dem Beschluss des Kohleausstiegs weiter beschleunigte. Das beschreibt der Ministerpräsident zutreffend. Er sagt außerdem, dass der Wandel nur durch einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt geschaffen werden kann. Auch dies mag stimmen, aber der gesamtgesellschaftliche Diskurs bestimmt sich nicht allein durch die Regierung und ihre Auffassung, sondern durch Meinungswettstreit – hier im Parlament und auch in den Kommunen, insbesondere denen der Lausitz. Wer hier andere Akzente setzt, andere Positionen bezieht, punktuelle Hinweise gibt und kultiviert streitet, der spaltet nicht und spielt auch nicht etwas gegen etwas anderes aus, sondern tut das, wofür die Menschen auch in der Lausitz vor 30 Jahren auf die Straße gegangen sind: Er belebt die Meinungsvielfalt und die demokratische Diskussionskultur.

Meine Damen und Herren! Über 100 Jahre Braunkohletradition gehen zu Ende; rund 8 000 Arbeitsplätze in Tagebauen und Kraftwerken entfallen. Ange-



Péter Vida

kündigt hatte sich das schon lange; deswegen darf man die Frage stellen: Haben SPD-geführte Landesregierungen hierauf in der Vergangenheit richtig reagiert? Wer hat noch die Regierungserklärung von Ministerpräsident Woidke aus dem Jahr 2014 im Ohr, die in etwa das diametrale Gegenteil von dem vermittelte, was heute gesagt wurde?

Dabei wurde bereits im Jahr 2005 der EU-Emissionshandel eingeführt. Dass die verfügbaren CO₂-Emissionsrechte langfristig immer knapper und teurer werden, musste allen bewusst sein. Dass die Braunkohleverstromung immer teurer wird, musste allen in der Regierung bewusst sein. Deswegen ist es wichtig, die Analyse der Situation anhand korrekter Fakten vorzunehmen. Unzutreffend sind die Ausführungen des Ministerpräsidenten, dass die Braunkohle aufgrund der Förderkapazitäten ohnehin zur Neige gegangen wäre. Die förderbaren Braunkohlevorräte in der Lausitz betragen noch 3,6 Milliarden Tonnen. Das würde noch etwa 60 Jahre reichen. Es liegt also nicht

daran, dass die Vorräte zu Ende gehen, sondern daran, dass der Emissionsrechtshandel der Braunkohle aufgrund der Preisentwicklung wohl in 20 Jahren den Garaus gemacht hätte.

Gleichzeitig flutet bei Wind immer mehr EEG-subventionierter Windstrom die Netze, bei Sonnenschein auch Strom aus der Photovoltaik. Immer wieder treten an Strombörsen aufgrund eines Überangebots an erneuerbarem Strom mit sehr niedrigen Preisen Phasen auf, die die Einnahmen der Braunkohlekraftwerke schmälern. Höhere Kosten und niedrigere Erlöse führten schon seit 2018 immer häufiger zu Drosselungen der Braunkohlekraftwerke. Oft verdienen sie nur dann Geld, wenn kein Wind weht und die Sonne nicht schien. Sie wurden sukzessive auf ihre Rolle als Reservekraftwerke reduziert.

Daher ist es bemerkenswert, wenn der Ministerpräsident in seiner heutigen Rede die falschen Anreizwirkungen des EEG kritisiert und das als kritikwürdig erkannt hat. Nun, das ist es schon seit geraumer Zeit, und das sollte in der Tat nicht künstlich verlängert werden, weil manche politische Lobbyisten damit Geld verdienen – und zwar nicht wenig. Allerspätestens ab dem 4.000. Windrad schaffen sie keinen zusätzlichen Beitrag zur Energiewende, keinen Kohleausstieg, keinen Klimaschutz – ganz im Gegenteil: Sie gefährden die Umwelt und belasten die Bürger wirtschaftlich wie auch gesundheitlich. Der Strompreis steigt und würde dann sogar am Checkpoint Erik, der hier gerade aufgebaut wurde, scheitern.

Meine Damen und Herren, das langfristige Ende der Braunkohle war also absehbar, auch wenn es im Gesetz kein konkretes Datum gab. Doch noch bis vor Kurzem wollte es bei der SPD niemand so richtig wahrhaben.

Das Energiekonzept der Landesregierung – vielfach beklatscht, formal bis heute gültig, politisch zumindest bis nach der Evaluierung 2018 – sah trotz dieser Faktenlage weiterhin den Neubau eines Braunkohlekraftwerkes mit 2.000 MW Nennleistung vor. Man setzte vor einigen Jahren noch auf teure CO₂-Verpressung, um die Braunkohleverstromung fortzusetzen.

So wog man sich in trügerischer Sicherheit, beklatschte sich dafür und meinte, mit der Braunkohle ginge es schon irgendwie weiter, während der Strukturwandel in der Lausitz kaum in Gang kam. Es wurde viel geredet und auch viel Geld investiert – gar keine Frage –, aber bisher leider mit wenig Wirkung. Wie auch, wenn manche der durchgeführten Projekte überhaupt nicht auf ihre Wirkung überprüft und nicht verifiziert worden sind und sich oft genug nur als Feigenblätter erwiesen haben?

Das ist übrigens nicht nur mein Eindruck als Oppositionsvertreter, sondern Sie können das regelmäßig auch in der Presse nachlesen, der man schwerlich den Vorwurf machen kann, hier spalten oder irgendetwas ausspielen zu wollen. Dafür möchte ich ein paar Beispiele nennen:

Bereits vor zwei Jahren kritisierte das Deutschlandradio, dass die Landesregierung die rechtzeitige Weiterentwicklung der Lausitz verschlafen habe. Im

„Tagesspiegel“ konnten wir im Juni lesen, dass aus dem Strukturförderfonds mehr als 48 000 Euro für geführte Touren mit Husky-Schlitten durch Tagebaufolgelandschaften bewilligt wurden. Für 1 500 Euro durfte der Verein „Cottbuser Narrenweiber“ eine Delegation aus Mazedonien in der Lausitz-Metropole empfangen.

Meine Damen und Herren, so schafft man keine selbsttragenden Arbeitsplätze. Allein von Naherholungsgebieten, Bergbaumuseen und steuerfinanzierten Events werden die Menschen in der Lausitz nach dem Ausstieg aus der Braunkohle wahrlich nicht leben können.

Erst im Juli dieses Jahres kommentierte „Der Spiegel“ die Situation wie folgt: „Doch reicht es, eine Region mit Geld zu fluten? Im Moment sieht es nicht gut aus.“ Das ist auch der Eindruck vieler Bewohner der Lausitz.

Dabei soll die Lausitz Energieregion bleiben. Teile der ehemaligen Tagebauflächen bieten sich als Standorte für Photovoltaik an – keine Frage –; die für Brandenburg notwendigen Reservekraftwerke sollten in der Region entstehen. Das würde auch den lokalen Zulieferern helfen, vor Ort neue Absatzmärkte zu finden. Neue industrielle Branchen bilden sich aus, so in der Kunststoff- und in der Chemieindustrie, aber auch in der Metallbranche.

Es gilt, den Ausstieg und Umstieg gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu bewerkstelligen. Dabei muss man jedoch bei den Fakten bleiben. Wir haben es heute schon gehört: Man versucht, die verfehlte Politik im Bereich der Windkraft und das sklavische Festhalten am 2%-Ausbauziel nun mit dem Argument

schönzufärben, dass Tesla angeblich deswegen gekommen sei, weil es hier viele Windräder gebe.

Teslas Standort liegt 3 km neben den Erdgastrassen JAGAL, OPAL und EUGAL. Tesla will den größten Teil seines Energiebedarfs mit Erdgas decken, nicht mit Windkraft. Der veröffentlichte E-Mail-Austausch zwischen der Landesregierung und Tesla zeigt ebenso wenig, dass die Erneuerbaren ein wichtiger Faktor bei der Standortentscheidung waren. Im Übrigen braucht man nur einen Blick in die Historie zu werfen: Im zuletzt errichteten Standort von Tesla in Shanghai besteht der Energiemix zu 80 % aus Kohle. Das bedeutet: Ein PR-Märchen wird nicht dadurch wahr, dass man es ständig wiederholt.

Ein schnell wachsender und zukunftsfähiger Bereich für die Lausitz ist unstreitig der Tourismus. Das Wachstumspotenzial ist enorm. Viele neue Arbeitsplätze sind schon entstanden und werden noch entstehen. Durch die Sanierung der stillgelegten Tagebaue entstehen riesige Seen. Sie verbessern nicht nur die Naherholung, sondern bieten auch Potenzial für einen längeren Urlaub, ohne lange Fahrten in Kauf nehmen zu müssen.

Auch die landwirtschaftliche Entwicklung ist nicht zu vernachlässigen, auch wenn die Lausitz in diesem Bereich noch nicht führend ist. Ein Schwerpunkt im Rahmen der künftigen Entwicklung kann hier in der Ernährungswirtschaft liegen.

Im Bereich der Bildung wird, ja muss sich die Region weiterentwickeln. Wenn für den Nachwuchs in der Region Schu-

len, Hochschulen und Universitäten weiterentwickelt werden, hilft dies dabei, die Fachkräfte vor Ort auszubilden und dort zu binden. Nur länderübergreifend mit Sachsen und den polnischen Partnern kann es gelingen, für die Region eine gute Zukunft zu gestalten. Ein übergreifendes Entwicklungskonzept für die Region muss erarbeitet werden, in das die Belange aller Partner und der Menschen der Region für die kommenden Jahrzehnte einfließen. Entsprechend werden wir bei den Anträgen abstimmen.

Kulturell hat die Lausitz schon jetzt einiges zu bieten: Theater, Museen, Schlösser und Parks wie auch das Kunsthandwerk und die sorbische Kultur bieten ein abwechslungsreiches, interessantes Repertoire. Mit dem hoffentlich erfolgreichen Wachstum der Region wird sich auch der kulturelle Bereich stetig weiterentwickeln.

Diese Entwicklung zu fördern und zu steuern ist Aufgabe dieser Landesregierung und der nächsten Landesregierungen. Dazu braucht es eine gute Infrastruktur. Die vom Ministerpräsidenten gelobte, angeblich so gute digitale Infrastruktur erweist sich innerhalb dieser Diskussion eher als ein Kalauer. Calau ist allerdings auch ein Teil der Lausitz, insofern passt es wieder. Es handelt sich freilich um einen Bereich, in dem es strukturell und konzeptionell massiven Nachholbedarf gibt.

Wenn wir von guter Infrastruktur reden, müssen auch die Kommunen ge-

nannt werden, die nicht alleingelassen werden sollen. Schauen Sie nach Weizow, wo die Menschen seit Jahren bangen, wo die Grundstücke an Wert verlieren, wo die nötige Verkehrsinfrastruktur nicht ausgebaut und die Randbetroffenheit nicht ausreichend gewürdigt wird. Diese Hängepartie hat vielen Menschen Sorgen bereitet. Dort sind erhebliche Nachteile entstanden, die es nun knallhart zu entschädigen gilt.

Die nunmehr gewährte Strukturförderung in Höhe von 10,3 Milliarden Euro ist absolut gerechtfertigt. Der Löwenanteil davon muss in Straßen, Brücken, Schulen und die Bahn fließen. Wenn der Strukturwandel nicht gelingt, liegt das nicht am mangelnden Geld, sondern an dessen falschem Einsatz.

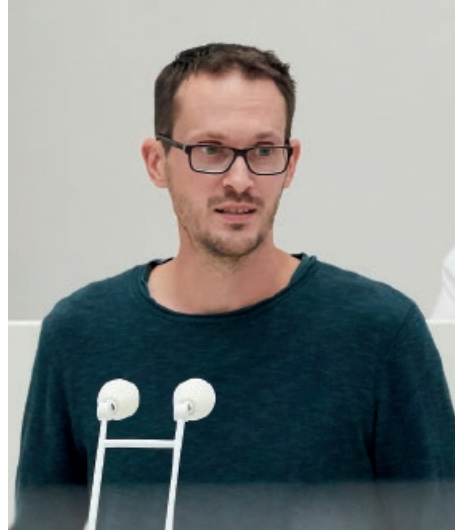
Ganz Brandenburg hat ein Interesse daran, dass die Lausitz Erfolg hat. Daher tun wir als Parlament und als Regierung gut daran, den Beitrag eines jeden, der sich mit lauterem Geist einbringt, ernst zu nehmen. Nehmen Sie die Menschen ernst, die sich um ihre Zukunft sorgen. Nehmen Sie die Menschen mit, die ihre Zukunft gestalten wollen. Dann haben Sie alle an Ihrer Seite. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Raschke. Bitte schön.

Benjamin Raschke

Vorsitzender der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Benjamin Raschke

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise ist es für die Fraktion, die am Schluss der Redeliste steht, sehr schwer, weil alles schon von allen gesagt wurde.

(Zuruf)

– Ja, Herr Vida kennt das Gefühl. Wenn ich in Ihre Gesichter schaue, erkenne ich, dass es dem einen oder anderen auch manchmal so geht.

Diesmal ist das jedoch nicht der Fall. Ja, in den letzten zwei Stunden der Debatte ist schon vieles Wichtige angesprochen worden: die Bedeutung der Lausitz; die Notwendigkeit, das ganze Land zusammenzuhalten; die Wichtigkeit von Verkehrsverbindungen, von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Natur; die Notwendigkeit, Strukturbrüche zu vermeiden und die Erfahrungen aus der Wendezeit. Ich will das alles nicht wiederholen.

Ein wichtiger Punkt zur Geschichte und Zukunft der Lausitz ist aber noch nicht beleuchtet worden. Vielleicht fragen Sie sich jetzt, was das sein könnte. Ich hoffe, dass zumindest meine bündnisgrünen Kolleginnen und Kollegen erahnen, worauf ich hinauswill. Denn: Was hier noch nicht beleuchtet wurde, ist die be-

sondere Rolle der Grünen für die Geschichte und die Zukunft der Lausitz und des Strukturwandels.

(Zurufe)

– Ich sehe, jetzt habe ich Ihre Aufmerksamkeit – schön. – Um aber von vornherein keinen falschen Verdacht aufkommen zu lassen: Ich will bei Weitem nicht die These aufstellen, dass eine Fraktion die Lausitz mehr lieben würde als die andere. Sie haben in Ihren Reden Ihre Verbundenheit zur Lausitz eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Sie werden aber nicht in Abrede stellen können, dass die besondere Beziehung zwischen der grünen Bewegung auf der einen Seite und der Lausitz auf der anderen Seite diese Region entscheidend mitgeprägt hat.

Und nein, das ist kein einfaches Verhältnis, sondern das ist eher eine „Liebesbeziehung der besonderen Art“. Lassen Sie mich das exemplarisch, holzschnittartig an drei Schlaglichtern deutlich machen.

Schlaglicht Nummer eins: Da waren auf der einen Seite die Tagebaukumpel – fassungslos, dass jemand ihnen ihre Arbeitsplätze wegnehmen wollte. Sie waren fest entschlossen, diese Arbeitsplätze zu verteidigen, um ihre Familien zu ernähren. Und da waren auf der anderen Seite Grüne aus der Lausitz – fassungslos, dass sie als Verräter beschimpft wurden, nur weil sie den Finger in die Wunde gelegt hatten. Da waren Grüne aus dem ganzen Land, sogar aus ganz Deutschland, fest entschlossen, das Weltklima auch in der Lausitz zu retten. „There are no jobs on a dead planet!“ – „Es gibt keine Jobs auf einem toten Planeten!“ – war einer der Leitsprüche.

Schlaglicht Nummer zwei: Auf der einen Seite war da ein großer, erst schwedischer, jetzt tschechischer Konzern – fest entschlossen, seine legitimen Gewinninteressen zu schützen und so lange wie möglich Kohle abzubauen. Auf der anderen Seite war da eine Bewegung, die sich mit aller Kraft gegen das Abbaggern von Dörfern zur Wehr setzte.

Lieber Jan Redmann, so leicht nehmen wir Grüne das Wort „Heimat“ nicht in den Mund. Wenn man aber einmal im Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nachschaut, findet man dieses Wort genau an einer Stelle, nämlich hier.

Es handelte sich um eine Bewegung, die seit Jahren vehement den Strukturwandel einforderte, mit anderen Arbeitsplätzen als denen in der Braunkohle. Eine Bewegung mit Menschen, die oft regelrecht verzweifelt waren, weil sie das Gefühl hatten, nur Rufer in der Wüste zu sein. Ich erinnere mich an viele Gespräche dazu.

Diese Auseinandersetzungen haben jahrzehntelang die Diskussion bestimmt – in vielen Familien, Vereinen, Kommunen und Unternehmen. Diese Auseinandersetzungen wurden mal subtil, mal offen ausgetragen, manchmal einhergehend mit zivilem Ungehorsam, manchmal mit Demonstrationen – Demonstrationen, bei denen man einander gegenüberstand wie Lager feindlicher Heere im Krieg. Oft genug hat man einander auch angeschrien. Es war übrigens auf einer dieser Demonstrationen, als mir klar wurde: Alle wollen das Beste für die Zukunft der Lausitz, aber arbeiten gegeneinander, und das kann nicht funktionieren. Es kann nur gemeinsam gelingen.

Schlaglicht Nummer drei: Diese Auseinandersetzungen wurden nicht nur in der Lausitz geführt, sondern im gesamten Land und auch hier im Landtag. Ich spitze jetzt wieder zu: Da waren auf der einen Seite die SPD und die CDU – entschlossen, die Arbeitsplätze zu sichern und zu verhindern, dass in Deutschland das Licht ausgeht. Da war auf der anderen Seite die grüne Fraktion, die mit Studien und Konferenzen zum Strukturwandel versucht hat, aufzurütteln. Da war eine grüne Partei, die im Wahlkampf den Klimaschutz und den Strukturwandel ganz nach vorn gerückt, die in den Koalitionsverhandlungen eine rote Linie verfolgt hat: keine neuen Tagebaue!

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist diese besondere Beziehung zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Lausitz in eine neue Phase getreten: Die SPD und die CDU, unsere heutigen Koalitionspartner – also Sie –, haben gesagt: Ja, wir ziehen einen Schlussstrich

unter das Kapitel Braunkohle, und dann – darin waren wir uns einig – gestalten wir den Strukturwandel gemeinsam.

Warum erzähle ich das so ausführlich? Weil daraus zwei Dinge folgen sollen:

Erstens. Ich wollte noch einmal ganz deutlich machen, dass wir Grüne uns unserer besonderen Verantwortung sehr bewusst sind. Sebastian Walter sagte, es gebe viel Argwohn in der Lausitz. Deswegen will ich klar sagen: Ja, wir Grüne haben einen guten Teil dazu beigetragen, dass die Braunkohle nicht mehr die Zukunft der Lausitz darstellt. Ja, wir haben der Lausitz damit eine Perspektive genommen – aus unserer Sicht eine trügerische Perspektive, eine vermeintliche Perspektive, die zudem noch klimaschädlich ist.

Und ja, deswegen sehen wir uns in besonderer Verantwortung, zu einer neuen Perspektive für die Lausitz beizutragen. Wir haben den Strukturwandel jahrelang eingefordert, und jetzt sind wir bereit – ich werfe einen Blick auf meine Fraktion: Wir sind bereit, nicht wahr? –, hart daran mitzuarbeiten.

Zweitens. Es gibt eine weitere Schlussfolgerung: Wir sind dabei nicht allein; vielmehr sind wir Bündnisgrüne jetzt Teil einer tatkräftigen Regierung mit unseren Partnern SPD und CDU. Auch wenn es immer noch einige offene Fragen gibt – lieber Ministerpräsident, über die Jahreszahlen für das Abschalten der Kraftwerke dürfen wir uns noch einmal unterhalten –, können Sie erahnen, wie kraftvoll sich das Ganze jetzt entwickeln kann – wenn wir nicht mehr den Großteil der politischen Energie darauf verwen-

den, in den Konflikt um „pro und kontra Tagebau“ einzusteigen, sondern diese politische Energie für die Zukunft nutzen.

Ich vermute, Sie wollen jetzt wissen, was die neue Allianz für den Strukturwandel praktisch bedeutet. Das bedeutet erstens, dass wir uns gemeinsam hinter das Strukturstärkungsgesetz des Bundes gestellt haben, auch wir Grüne. Das betone ich, weil wir zugleich einige Kritik an diesem Gesetz haben. Denn das Strukturstärkungsgesetz ist ja beides: Es ist ein Geschenk des Himmels; genauer gesagt: eine hart verhandelte Solidarität des Bundes mit einer Region, von deren Verharren in der Braunkohle der Bund lange Zeit enorm profitiert hat. Diese Solidarität ist, genau wie das Geld, enorm wichtig, deswegen auch von unserer Fraktion einen großen Dank an den Ministerpräsidenten Dietmar Woidke für die harten Verhandlungen.

Das war die eine Seite. – Auf der anderen Seite ist das Strukturstärkungsgesetz, sind die Bundesgesetze überhaupt, viel zu wenig – zu wenig für den Klimaschutz und zu wenig für den Strukturwandel.

Wir haben als Koalition erwartet, dass die Beschlüsse der Kohlekommission eins zu eins umgesetzt würden. Das ist nicht geschehen. Wir haben zudem erwartet, dass ein Staatsvertrag aufgesetzt werden sollte. Auch das ist nicht geschehen. Wir Bündnisgrüne haben ganz besonders einen deutlich stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft erwartet.

Wir haben uns als Koalition trotz dieser Schwächen klar für das Strukturstär-

kungsgesetz eingesetzt – wir wären im Hinblick auf die Summen ja sonst mit dem Klammerbeutel gepudert –, aber wir haben zugleich als Koalition vereinbart – ich zitiere aus dem vorliegenden Antrag –, die Region „über die Maßnahmen des Strukturstärkungsgesetzes hinaus“ zu unterstützen. Ich betone das so deutlich, weil sich in der Debatte irgendwie eingeschlichen hat, dass wir es bei der Umsetzung belassen würden. Das Gegenteil ist der Fall!

Wenn Sie es noch konkreter wollen, will ich das gerne liefern und Ihnen zum Abschluss noch drei, vier Projekte nennen, für die vor allem wir Bündnisgrüne uns beim Strukturwandel in der Lausitz besonders einsetzen werden.

Das erste Projekt ist die Nachhaltigkeit. Wir haben uns als Koalition verständigt – ich zitiere wieder aus dem Antrag –, in der Lausitz „eine klimafreundliche und nachhaltige Struktur aufzubauen“. Liebe Koalitionspartner, auch wenn wir die Diskussion um eine Postwachstumsgesellschaft sicherlich noch ausführlicher werden führen müssen, ist uns allen klar: Wir leben auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen. Deswegen muss der nachhaltige Umgang mit diesen Ressourcen beim Strukturwandel die oberste Richtschnur sein.

Das bedeutet konkret: Die Förderrichtlinie muss entsprechend gestrickt sein. Die Entscheidungen der interministeriellen Arbeitsgruppe müssen sich genau daran ausrichten. Dabei werden auch Projekte helfen, die wir als Koalition nicht nur für die Lausitz vorsehen, sondern für das ganze Land. Sie helfen aber auch in der Lausitz. Da ist als Erstes die

Nachhaltigkeitsstrategie zu nennen, ebenso der Nachhaltigkeitsbeirat und der Nationale Wohlstandsindex, der die Fixierung auf das Bruttosozialprodukt ablösen soll.

Was die Ressourcen betrifft, mit denen wir sorgsam umgehen wollen, ist für die Lausitz die allerwichtigste Ressource das Wasser. Da muss uns die aktuelle Situation am Cottbuser Ostsee ein mahnendes Beispiel sein. Es ist noch völlig unklar, was mit dem Wasserhaushalt in der Lausitz konkret passiert, wenn die Pumpen plötzlich abgeschaltet werden, weil die Tagebaue die Tätigkeit einstellen. Können wir das überhaupt? Hier arbeitet die Landesregierung derzeit zum Glück eng mit dem Umweltbundesamt zusammen; dort wird eine Studie dazu durchgeführt.

Wir müssen auch das Thema klare Spree ausführlich behandeln; hier verweise ich auf die intensiv geführte Ausschussdebatte. Der Wasserhaushalt des Landes hängt insgesamt von der Lausitz ab. Da kann ich auf den Antrag verweisen, den wir später am Tag noch einbringen werden.

Das zweite Projekt ist der Ausbau des Wasserstoffs und der erneuerbaren Energien. Natürlich wollen wir Grüne den Naturtourismus in der Lausitz ausbauen. Wir wollen die Landwirtschaft stärken, ebenso die Forstwirtschaft und die Fischerei. Vor allem aber wollen wir die Lausitz als Energie- und Industrieregion erhalten, und zwar mit gut bezahlten, tarifgebundenen Arbeitsplätzen. Niemandem ist geholfen, wenn wir die klimaschädliche Braunkohle durch den Import anderer klimaschädlicher fossiler Brenn-

stoffe wie Erdgas oder Erdöl ersetzen – und dafür auch noch unser gutes Geld exportieren.

Unsere Vision für die Lausitz heißt Klimaschutz. Deswegen wollen wir weit über das Strukturstärkungsgesetz, weit über die Bundesgesetze hinaus die erneuerbaren Energien ausbauen.

Wir haben uns bei der Windkraft für das ganze Land ehrgeizige Ausbauziele gesetzt. Sebastian Walter fragte vorhin, wie wir das machen wollen. Sie alle wissen: Eines der Hauptprobleme besteht darin, dass die Regionalpläne für die Windkraft nicht rechtsfest sind. Deshalb muss unser erstes Ziel darin bestehen, die Regionalplanung so auszugestalten, dass wir verlässliche Planungssicherheit für die Windkraftbranche erreichen können. Wir hoffen, lieber Sebastian Walter, dass wir damit bessere Erfolge erzielen als DIE LINKE damals, als sie noch in der Regierung war. Unser Ziel ist es natürlich, die gesamte Wertschöpfungskette bei der Windkraft in Brandenburg zu halten: die Planung, die Produktion, die Bürgerbeteiligung, und gerne auch das Recycling, selbst wenn das noch ein wenig dauern wird.

Die Photovoltaik wollen wir deutlich voranbringen. Die Landesregierung arbeitet endlich an der lange von uns geforderten Potenzialstudie. Die Klimastrategie – das wurde schon erwähnt; deswegen gehe ich nicht länger darauf ein – ist von uns im letzten Plenum in Auftrag gegeben worden. Zu diesem Ausbau der erneuerbaren Energien in Brandenburg soll, wird und muss die Lausitz einen wichtigen Teil beitragen. Wir Grüne haben dabei insbesondere die

riesigen ehemaligen Tagebauflächen vor Augen, die wir dafür nutzen wollen.

Wir wollen zudem die Speichertechnologien voranbringen. Zu Power-to-X und zur Sektorenkopplung ist schon einiges gesagt worden; das will ich jetzt nicht wiederholen. Zu dem Punkt „Energie“ möchte ich aber noch eine Anmerkung machen: Was ich mit Argwohn betrachte und was wir nicht wollen, sind solche Pläne wie die für das Müllkraftwerk in Jänschwalde. So stellen wir uns den Strukturwandel wirklich nicht vor!

Damit komme ich zum dritten Projekt, nämlich dem Strukturwandel von unten. Wir wollen uns als Bündnisgrüne besonders dafür einsetzen, die Zivilgesellschaft zu beteiligen. Dazu ist festzustellen, dass der Landtag im Jahr 2015 auf bündnisgrüne Initiative hin eine Enquetekommission für die ländlichen Räume ins Leben gerufen hat. Diese Enquetekommission kam zu der zentralen Erkenntnis, dass Partizipation und Selbstermächtigung der ländlichen Räume die Schlüssel für die Entwicklung der ländlichen Räume sind.

Das gilt aus bündnisgrüner Sicht und auch aus Sicht der Koalition ganz besonders für die Lausitz. Liebe Landtagspräsidentin, liebe Frau Prof. Dr. Liedtke, ich habe mich deshalb sehr darüber gefreut, dass Sie Schirmherrin des ersten Parlaments der Dörfer sind. Vielleicht findet das Ganze ja in der Lausitz statt.

Bei dieser Hoffnung will ich es im Zusammenhang mit dem Strukturwandel von unten aber nicht belassen. Das Erste, worüber wir reden müssen, steht auch im Koalitionsvertrag und ist vorhin schon angeklungen, nämlich die finanzielle Aus-

stattung der Kommunen. Alle – nach meinem letzten Stand – 97 Kommunen in Brandenburg, die sich in der Haushaltssicherung befinden, liegen im ländlichen Raum. Da liegt ein Strukturfehler vor, und deshalb wollen wir dieses Thema angehen.

(Vereinzelt Beifall)

– Ja, danke. Dafür darf es gerne Applaus geben; denn das wird eine harte Nummer.

Mit unserem heutigen Antrag haben wir, um es nicht bei den Ankündigungen zu belassen, ganz konkrete Formen vorgeschlagen. Wir werden im Begleitausschuss für die Lausitz-Entwicklung Partnerinnen und Partner aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden zusammenkommen lassen. Darüber hinaus haben wir vereinbart, einen Teilhabefonds für die Zivilgesellschaft zu schaffen, der auch noch von einem zivilgesellschaftlichen Beirat koordiniert und kontrolliert werden soll. Auf diese Weise sollen die Fördergelder vom Bund und vom Land sowie von der EU an Projekte der Zivilgesellschaft zum Strukturwandel vergeben werden.

Wir Bündnisgrüne werden uns darüber hinaus für eine bestimmte Beteiligungsform einsetzen, nämlich für die Bürgerinnen- und Bürgerräte, von denen wir unsere Koalitionspartner nicht überzeugen konnten; ich sage mal hoffnungsvoll: noch nicht überzeugen konnten.

Nicht zuletzt werden wir mit dem heutigen Beschluss einen eigenen Landtagsausschuss für die Strukturentwicklung einsetzen. Jan Redmann ist schon darauf eingegangen, und ich möchte

noch etwas dazu anmerken. Wir haben mit der Enquetekommission zu den ländlichen Räumen hervorragende Erfahrungen damit gemacht, Ausschusssitzungen nicht nur in Potsdam stattfinden zu lassen, sondern vor Ort, in dem Falle in der Lausitz.

Wir konnten unsere Koalitionspartner dafür gewinnen, bei diesem Ausschuss genauso vorzugehen. Der Ausschuss für Strukturentwicklung wird regelmäßig in der Lausitz tagen. An dieser Stelle möchte ich alle Lausitzerinnen und Lausitzer schon herzlich einladen, an den Ausschusssitzungen teilzunehmen, sofern Corona dies zulässt.

An diesem Ausschuss werden auch die Sorben einen Anteil haben. Daher freue ich mich schon sehr auf den nächsten Redner, Herrn Freihoff vom Rat der Sorben und Wenden, der uns das Ganze sicherlich ausführlich erläutern wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will die Sache jetzt nicht überfrachten. Sie haben sicherlich verstanden, dass uns Grüne viel mit der Lausitz verbindet, dass wir unsere Verantwortung für das Gelingen des Strukturwandels kennen und dass wir konkrete Ideen haben. Dass wir uns leidenschaftlich dafür einbringen und dass diese Koalition sich kraftvoll für den Strukturwandel in der Lausitz und im ganzen Land einsetzen wird, ist sicher deutlich geworden.

Die Liste der Vorhaben, die ich noch vortragen könnte, ist lang. Wir haben jetzt aber vier Jahre Zeit. Zum Abschluss möchte ich aber doch noch ein Vorhaben nennen, das sicherlich ein gemeinsames ist; dabei sehe ich bewusst die Fraktion der Linken und die der Freien Wähler an.

Lassen Sie mich dafür aus dem Bericht der Enquetekommission für ländliche Räume, aus dem Kapitel zur Lausitz, zitieren:

„[E]ine zentrale Voraussetzung für die [...] Transformationsprozesse [...] wird die künftige Verfügbarkeit von Fachkräften sein. Aufgrund des demografischen Wandels geht in der gesamten Lausitz bis 2035 das Erwerbspersonenpotential um mehr als 200 000 Arbeitskräfte zurück. Die Region ist damit zwingend auf qualifizierte Zuwanderung aus dem In- und Ausland angewiesen, wenn sie auch künftig eine Industrie- und Wirtschaftsregion bleiben will.“

Es folgt: „Dafür bedarf es eines gesamtgesellschaftlichen Klimas, welches von Toleranz, Offenheit und Vielfalt geprägt ist.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mindestens ebenso wichtig wie die Be-

schlüsse zum Strukturwandel in dem Antrag von heute Vormittag sind daher die Beschlüsse im morgigen Antrag zum Kampf gegen den Rechtsextremismus und für ein tolerantes Brandenburg. Die Zukunft der Lausitz gehört nicht der Braunkohle, und sie gehört auch nicht den Populisten, den Nazis. Die Lausitz ist nicht braun, sondern sie ist bunt. Deshalb bitte ich sehr um Ihre Zustimmung zu unseren Anträgen zum Strukturwandel in der Lausitz und schon vorsorglich um Zustimmung zu den morgigen Anträgen zum Thema Tolerantes Brandenburg. – Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Freihoff. Er vertritt den Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden. Bitte schön.

Dieter Freihoff

Mitglied des Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden



Dieter Freihoff

Dobry dzień! Guten Tag, sehr geehrte Frau Vorsitzende des Landtags, Frau Präsidentin Liedtke! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden begrüßt den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/1577, für eine parlamentarisch-kooperative Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung der Lausitzer Region im Rahmen des Strukturwandelprozesses und die geplante Einbeziehung des Rates und der Domowina als Vertretungen der sorbischen/wendischen Minderheit in unserem Land.

In besonderem Maße unterstützt der Rat auch den Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 7/1819, Neudruck. Dieser Neudruck hat mich noch erreicht, bevor ich ans Rednerpult treten durfte; ich werde gleich näher darauf eingehen. In Ziffer 4 des Neudrucks ist der Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden jetzt beratend vorgesehen und soll neben den elf parlamentarischen Mitgliedern eine Art ständiger Sitz im Sonderausschuss zur Strukturentwicklung in der Lausitz erhalten.

Das ist für die Strukturentwicklung und für uns als Sorben ein starkes Zei-

chen. Dafür sind wir dankbar. Ein fester Sitz würde jedoch eine noch bessere Chance für das sorbische Volk bedeuten. Das wäre zugleich – man möge es mir verzeihen – eine Wiedergutmachung für ein mit vielen Narben durchsetztes Siedlungsgebiet. Ohne einen festen Sitz müsste sich der RASW, wie bei allen anderen Ausschüssen auch, immer mittels Stellungnahmen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten an den Ausschuss wenden. Dies erschwert die parlamentarische Zusammenarbeit und den notwendigen engen Austausch, um die sorbische/wendische Minderheit in den Strukturwandelprozess aktiv und intensiv einzubeziehen.

Aus dem täglichen Erleben wissen wir, wie wichtig für uns Sorben/Wenden eine Mitarbeit in vielen Bereichen der Strukturentwicklung ist. Ein ständiger Sitz würde die Arbeit des ehrenamtlichen Rates maßgeblich erleichtern und die Berücksichtigung sorbischer/wendischer Belange in der Ausschussarbeit noch besser sicherstellen.

Wir schätzen sehr, dass in einem weiteren Antrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine wirtschaftsnahe Infrastruktur und die Schaffung innovativer Wissenschaftsstandorte als Grundlagen für die Strukturentwicklung in der Lausitz sowie die sorbische/wendische Kultur als Impulsgeber Eingang gefunden haben.

Nach wie vor ist es jedoch nicht selbstverständlich, dass die Mehrheit in Konzepten, Planungen oder Überlegungen zur Strukturentwicklung für uns als Minderheit mitdenkt. Bisher ist es nur durch das große Engagement seitens der Sorben/Wenden, sowohl aus der Niederlausitz als auch aus der Oberlausitz, gelungen, die Belange unserer Minderheit in die Konzeptionen der unterschiedlichen Initiativen – zum Beispiel bei der Zukunftswerkstatt Lausitz oder der Wirtschaftsregion Lausitz – einarbeiten zu lassen. Es bedarf häufig immer noch der Impulse durch die Sorben/Wenden selbst – woher sollen sie sonst auch kommen? –, um im allgemeinen Denken und Handeln als selbstverständlich zu gelten.

Mit Bedauern mussten wir feststellen, dass die gemeinsame Zusammenarbeit der Länder Sachsen und Brandenburg in der Kooperationsgemeinschaft Wirtschaftsregion Lausitz zum Jahresende ausläuft. Das ist jedenfalls unser Informationsstand. In Sachsen wird diese Aufgabe künftig von der Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung übernommen. Wie sich das Ganze in Brandenburg entwickelt, bleibt abzuwarten.

Das sorbische Volk lebt allerdings in beiden Ländern. Eine große Chance auf

gleichwertige Entwicklung der Lebensverhältnisse in der Lausitz ist damit vertan. Die Sache wird jedenfalls nicht richtig angefasst. Wir Sorben/Wenden haben uns in den vergangenen Monaten stark dafür engagiert. Wir sind ein Volk, aber aus unseren täglichen Erfahrungen im Miteinander wissen wir, wie mühsam es aufgrund der unterschiedlichen Landesstrukturen ist, durch unsere Arbeit beispielsweise vergleichbare Bedingungen im Bildungssystem, im Bereich der Kultur oder auch auf anderen Gebieten zu schaffen.

Daher favorisieren wir als Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden gebündelte Strukturen, und als gewählte Vertreter der Sorben/Wenden mit Beratungsrecht appellieren wir daher an Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, unser Anliegen anzunehmen. Wir möchten noch einmal hervorheben, dass im Rahmen unserer ehrenamtlichen Tätigkeit im Landtag Reaktionen auf entsprechende Tagesordnungspunkte mittels Stellungnahmen aus organisatorischen Gründen mit hohem Aufwand verbunden und mitunter schwer sicherzustellen sind.

Daher ist die Einrichtung eines ständigen beratenden Sitzes im Sonderausschuss sicher etwas sehr Positives; wir würden aber einen festen Sitz noch stärker begrüßen. Dies hielten wir für ein sehr gutes Zeichen. Sie können sicher sein: Wir wollen, dass Brandenburg bei diesem Strukturwandel erhobenen Hauptes und mit viel Erfolg in die Zukunft geht. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank, Herr Freihoff, für Ihre Stellungnahme des Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden.

Hinweise: Diese Broschüre gibt die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und den ersten Teil der Aussprache vom 26. August 2020 mit den Redebeiträgen der Fraktionsvorsitzenden sowie des Vertreters des Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden wieder.

Aufgrund der wegen der Corona-Krise veränderten Bedingungen im Plenarsaal wurden Beifallsbekundungen und Zurufe nur bedingt aufgenommen.

Herausgeber: Landtag Brandenburg, Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: Landtag Brandenburg / Fabian Schellhorn

Herstellung: ARNOLD group – Großbeeren

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



Landtag Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-0
Fax 0331 966-1210
post@landtag.brandenburg.de
www.landtag.brandenburg.de

Folgen Sie uns: 